



Protokoll

7. Sitzung Gemeindeparlament vom Montag, 12. Dezember 2022, 18:00 - 21:57 Uhr
Aula Reitmen, Badenerstrasse 82, Schlieren

Vorsitz Marc Folini, Präsident

Protokoll Selina Brücker, Sekretärin

Anwesend 36

Entschuldigt keine

Gäste keine

Protokoll

Das Protokoll der 5. Sitzung des Gemeindeparlaments vom 24. Oktober 2022 wurde vom Büro am 5. Dezember 2022 auf dem Zirkularweg genehmigt. Parlamentsmitglieder könnten einen Antrag auf Änderung des Protokolls bis drei Tage vor der Parlamentssitzung beim Präsidenten einreichen. Es ging kein Antrag ein. Das Protokoll ist somit stillschweigend genehmigt.

Das Protokoll der 6. Sitzung des Gemeindeparlaments vom 21. November 2022 ist derzeit noch nicht vorliegend. Die Genehmigung findet an der kommenden Parlamentssitzung vom 30. Januar 2023 statt.

Eintritt in das Gemeindeparlament

Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 23. November 2022 Zeki Çiçek per 3. Dezember 2022 als Ersatz für Kushtrim Aziri gewählt erklärt. Wir wünschen ihm viel Freude und Erfolg in seinem Amt.

Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 23. November 2022 David Baumann per 3. Dezember 2022 als Ersatz für Lukas Speck gewählt erklärt. Wir wünschen ihm viel Freude und Erfolg in seinem Amt.

Beantwortung Kleine Anfrage

Die Kleine Anfrage von Bashkim Maliqi betreffend "Sicherheit auf öffentlichen Strassen, Quartierstrassen, Trottoirs oder Begegnungszonen" wurde vom Stadtrat am 7. Dezember 2022 beantwortet.

Gemeindeparlament Schlieren

Marc Folini
Präsident

Selina Brücker
Sekretärin

Weisung

1. Ausgangslage

Für 2023 wird ein Aufwandüberschuss von 2.046 Mio. Franken budgetiert. Die Haushaltsregeln gemäss Gemeindegesetz werden eingehalten. Die Selbstfinanzierung beträgt rund 6.339 Mio. Franken. Demgegenüber stehen Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen von 26.469 Mio. Franken und ein Einnahmenüberschuss von 0.837 Mio. Franken im Finanzvermögen. Für 2023 wird mit einem Selbstfinanzierungsgrad von rund 24 % gerechnet.

Der einfache Gemeindesteuerertrag kann gegenüber dem Budget 2022 um 1.7 Mio. Franken erhöht werden. Er liegt für das Jahr 2023 bei 54.8 Mio. Franken. Der Steuerfuss verbleibt auf 111 % der einfachen Gemeindesteuer (Staatssteuer).

Der Stadtrat hat das Budget 2023 geprüft und für richtig befunden.

Der Stadtrat beschliesst:

1. Dem Gemeindeparlament wird beantragt zu beschliessen:

1.1. Das Budget 2023 der politischen Gemeinde Schlieren wird wie folgt genehmigt:

Erfolgsrechnung	Gesamtaufwand	Fr. 199'573'600.00
	Ertrag ohne ordentliche Steuern Rechnungsjahr	Fr. 136'698'900.00
	Zu deckender Aufwandüberschuss	Fr. -62'874'700.00
Investitionsrechnung VV	Ausgaben Verwaltungsvermögen	Fr. 27'619'300.00
	Einnahmen Verwaltungsvermögen	Fr. 1'150'000.00
	Nettoinvestitionen VV	Fr. 26'469'300.00
Investitionsrechnung FV	Ausgaben Finanzvermögen	Fr. 3'455'000.00
	Einnahmen Finanzvermögen	Fr. 4'292'000.00
	Einnahmenüberschuss FV	Fr. -837'000.00

Der Gemeindesteuerfuss 2023 wird auf 111 % der einfachen Gemeindesteuer (Staatssteuer) festgesetzt, unter der Annahme eines mutmasslichen Steuerertrags zu 100 % von 54.8 Mio. Franken.

Einfacher Gemeindesteuerertrag (100%)		Fr. 54'800'000.00
Steuerfuss		111%
Erfolgsrechnung	Zu deckender Aufwandüberschuss	Fr. -62'874'700.00
	Steuerertrag bei 111%	Fr. 60'828'000.00
	Aufwandüberschuss	Fr. -2'046'700.00

1.2. Der Aufwandüberschuss der Erfolgsrechnung geht zu Lasten des zweckfreien Eigenkapitals.

Parlamentspräsident Marc Folini teilt einleitend das Vorgehen für die Behandlung des Budgets mit. Es wurden bereits vorgängig 142 Fragen zum Budget beantwortet. Die Fragen und Antworten konnten im Extranet der aufbereiteten Übersicht entnommen werden. Die Budgetpositionen werden wie in früheren Jahren nach Rubriken resp. Seitenzahlen behandelt. Die Behandlung des Traktandums startet mit dem Votum der RPK, gefolgt vom Votum des Stadtrats und den allgemeinen Voten der Fraktionen und Parlamentsmitglieder. Nach Behandlung aller Anträge wird über das allenfalls bereinigte Budget abgestimmt und danach die Debatte zum Steuerfuss aufgenommen. Sobald alle Anträge zum Steuerfuss behandelt wurden, ist der Steuerfuss festzulegen. Abschliessend erfolgt eine Schlussabstimmung, bei der das Budget mit dem festgelegten Steuerfuss als Gesamtes zu genehmigen ist. Marc Folini stellt abschliessend fest, dass nach Eintreffen des Parlamentsmitglieds Filippo Fiore nun alle 36 Parlamentsmitglieder und somit 35 Stimmberechtigte anwesend sind.

Abschied der Rechnungsprüfungskommission

Die RPK hat die Vorlage geprüft. Sie empfiehlt dem Parlament folgendes zu beschliessen:

1. Einstimmig mit 7 zu 0 dem Budget 2023 der politischen Gemeinde Schlieren zuzustimmen.
2. Einstimmig mit 7 zu 0 den Gemeindesteuerfuss 2023 auf 111 % (Vorjahr 111 %) der einfachen Gemeindesteuer (Staatssteuer) festzusetzen.

Schlieren, 7. Dezember 2022

Der Präsident: Boris Steffen
Die Protokollführerin: Nicole Hollenstein

Bericht der Rechnungsprüfungskommission

Boris Steffen zeigt zur Veranschaulichung des RPK-Votums eine Präsentation. Zuerst wird die Erfolgsrechnung präsentiert. Der Ertrag steigt um 29 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahresbudget. Der Aufwand steigt auch um 22.4 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahresbudget. Die beiden extremen Differenzen zum Vorjahresbudget betreffen hauptsächlich den Ein- und Verkauf von Gas. Das Resultat ist ein Aufwandüberschuss von Fr. 2'046'700.00. Das wären 6.16 Mio. Franken weniger als im Vorjahresbudget bei gleichem Steuerfuss. Was sind die grössten Unterschiede gegenüber dem Vorjahresbudget? Auf der Aufwandseite steigt der Personalaufwand um 1.8 Mio. Franken. Davon können 1.5 Mio. Franken der Teuerung zugeschrieben werden, welche gemäss Regierungsratsbeschluss berechnet wurde. Die Stadt hat 17.2 Mio. Franken mehr Sach- und übriger Betriebsaufwand. Die grössten Posten sind dabei der Gaseinkauf mit 14.2 Mio. Franken, die Energie für Liegenschaften, also Strom, Gas und so weiter, mit 1.2 Mio. Franken und die Honorare mit Fr. 700'000.00. Der Transferaufwand steigt um 2.3 Mio. Franken, die Erhöhung ist auf die Pflegefinanzierung, die gesetzliche wirtschaftliche Hilfe sowie die Zusatzleistungen zur AHV zurückzuführen. Auf der Gegenseite gibt es den Ertrag, wo sich der Fiskalertrag um 4.6 Mio. Franken erhöht hat. Das hat vor allem mit der Grundstückgewinnsteuer zu tun, welche sich um 4 Mio. Franken erhöht hat. Die Einnahmen aus Entgelt stiegen um 13 Mio. Franken. Konkret 13.7 Mio. Franken aus dem Gasverkauf. Das Gasgeschäft ist somit ein Nullsummenspiel in der Erfolgsrechnung. Pflögetaxen und -kosten nimmt die Stadt rund 1 Mio. Franken weniger ein. Der Transferertrag steigt um 8.7 Mio. Franken, dieser ist vor allem dem Ressourcenzuschuss des Kantons Zürich zu verdanken, welcher der Stadt 8.8 Mio. Franken mehr einbringt. Die Polizei Urdorf, welche sich von Schlieren trennt, trägt einen Minusertrag von Fr. 900'000.00 bei. Schlussendlich erhöht sich noch der Finanzertrag um 1.6 Mio. Franken. Dabei handelt es sich vor allem um Buchgewinne, in diesem Fall zum Gestaltungsplan Kesslerplatz mit 1.5 Mio. Franken. Die Investitionsrechnung plant mit Investitionen von 27.619 Mio. Franken. Im Verwaltungsvermögen wird mit Einnahmen von 1.15 Mio. Franken gerechnet. Das heisst, es sind Investitionen von 26.469 Mio. Franken geplant. Davon wurden 6.15 Mio. Franken schon von der Realisierungsquote abgezogen, bei welcher jeweils die Machbarkeit bewertet wurde. Das effektive Investitionsbudget wäre eigentlich 27.619 Mio. Franken plus 6.15 Mio. Franken. Netto schlussendlich aber 26.469 Mio. Franken. Wie funktioniert die Finanzierung? Von den Nettoinvestitionen über 26 Mio.

Franken können 6.34 Mio. Franken selbst finanzieren werden, wie aus der Cashflow-Rechnung ersichtlich ist. Das heisst, 20.129 Mio. Franken können nicht selbst finanziert werden. Eine Fremdfinanzierung ist nichts anderes als eine Neuverschuldung. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt dabei bei 24 %. Kleiner als 50 % ist ungenügend. 50 bis 80 % ist problematisch und alles darüber wäre gut. In den Investitionen zum Finanzvermögen hat die Stadt Ausgaben von 3.445 Mio. Franken und Einnahmen von 4.292 Mio. Franken, was einen Einnahmeüberschuss von Fr. 837'000.00 ergibt. Die Vorgabe zum Haushaltsgleichgewicht ist mit einem Verlust von Fr. 2'046'700.00 erfüllt, da rechnerisch ein Aufwandüberschuss von 11.589 Mio. Franken bestehen dürfte. Weiter gibt es durch den Stadtrat selbstauferlegte Regelungen zum Haushaltsgleichgewicht. Zum einen die Regelung für Spezialfinanzierungen der Gemeindebetriebe, welche in der Abwasserentsorgung nicht erfüllt wird. Dort müsste eine Einlage im Fonds gemacht werden, budgetiert ist aber eine Entnahme. Bei der Wasserversorgung wird eine Einlage in den Fonds vorgenommen. Alle anderen Betriebe sind noch nicht in einem Bereich, der für eine Einlage berücksichtigt werden müsste. Bei der Nettoverschuldung hat die Stadt eine absolute Nettoschuld von 44.016 Mio. Franken, was pro Einwohner Fr. 2'207.00 ergibt. Dabei handelt es sich um eine akzeptable Grösse. Das Budgetpapier weist einen kleinen Mangel auf. In der Investitionsrechnung auf den Seiten 174 bis 187 wird mit einem Sternchen auf einen Sperrvermerk aufmerksam gemacht. Leider wurde vergessen, dieses Sternchen bei den betroffenen Investitionen zu setzen. Dieser Mangel wurde in der Zwischenzeit behoben, die neue Darstellung wird der RPK noch zur Verfügung gestellt. Die RPK ist einstimmig der Meinung, dass dieser Mangel keine Auswirkungen auf die Budgetdebatte sowie die Annahme des Budgets 2023 und die Festsetzung des Gemeindesteuerfusses hat. Der RPK wurde am 26. Oktober 2022 das Budget und der Finanzplan präsentiert, am 27. Oktober 2022 wurden die Unterlagen für alle sichtbar aufgeschaltet. Parlamentarierinnen und Parlamentarier durften danach die Unterlagen studieren und Fragen einreichen, welche wiederum Arbeit in der RPK verursachte. Am 16. und 17. November 2022 wurden die Fragen zum Teil durch die RPK selbst beantwortet oder an die Verwaltung zur Beantwortung weitergeleitet. Die Verwaltung hat die weitergeleiteten Fragen bis am 30. November 2022 beantwortet und an die RPK retourniert. Die RPK hat sich an ihrer Sitzung vom 30. November 2022 alles angesehen und letzte Unklarheiten an die Verwaltung weitergeleitet. Am 7. Dezember 2022 wurden durch die Verwaltung auch die letzten Fragen zur Zufriedenheit der RPK beantwortet, damit konnte die Vorlage verabschiedet werden. Einen Tag später wurden die beantworteten Fragen und die Verabschiedung der Vorlage allen Parlamentarierinnen und Parlamentariern zugestellt. Zusammengefasst liegen acht Wochen Bearbeitungszeit hinter dieser Vorlage. Sechs RPK-Sitzungen generierten ca. 17 Stunden Aufwand, ohne Vorbereitungsarbeiten etc., das Studium durch die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, das Stellen von Fragen und Anträgen und natürlich der Arbeit durch die Verwaltung für die Beantwortung der Fragen und die Vorbereitung der Debatte. Zu dieser Vorlage sind 142 Fragen eingegangen, 7 davon wurden gelöscht oder zurückgezogen. 42 Fragen konnte die RPK selbst beantworten, dabei hat die RPK bei 3 Fragen auf eine Weiterleitung verzichtet und 3 Fragen hatten keine Relevanz zum Budget 2023. Die restlichen 93 Fragen wurden der Verwaltung zur Beantwortung weitergeleitet, bei 7 Antworten wurde noch eine Anschlussfrage gestellt. Die RPK verweist zudem auf einen massiven Rückgang von gestellten Fragen, ca. 50 Fragen weniger als im Vorjahr. Die RPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, das Budget 2023 anzunehmen sowie auch den Steuerfuss bei 111 Prozent zu belassen.

Parlamentspräsident Marc Folini stellt fest, dass Stadtpräsident Markus Bärtschiger eingetroffen und der Stadtrat damit nun vollzählig anwesend ist.

Stellungnahme der Ressortvorsteherin Finanzen und Liegenschaften

Stadträtin Manuela Stiefel bedankt sich im Namen des Stadtrats bei der RPK, für die solide und aufwendige Prüfung des Budgets unter der Mitwirkung aller Parlamentarierinnen und Parlamentarier und der kompetenten Bearbeitung des Fragekatalogs. Der Stadtrat nimmt den Abschied der RPK mit grosser Freude zur Kenntnis und freut sich auf eine faire parlamentarische Budgetdebatte.

Allgemeine Diskussion

Sarah Impusino (DM) erklärt, dass die Fraktion DM/EVP das Budget geprüft hat. Sie sind mit der Arbeit des Stadtrats zufrieden, weil er den Steuerfuss auf 111 % belassen will. Da auch die Fraktion DM/EVP ihre Hausaufgaben gemacht hat, wird es trotzdem einige Anträge geben. Die Fraktion DM/EVP hofft, dass viele Investitionen umgesetzt werden, da diese Prozentzahl in der Rechnung immer sehr tief ist. Damit ein weiterer Anstieg der Verschuldung gebremst werden kann, erwartet die Fraktion DM/EVP vom Stadtrat, dass noch genauer abgewogen wird, was wirklich notwendig und was eher "nice to have" ist. Ansonsten bedankt sich die Fraktion DM/EVP für die Arbeit.

David Baumann (GLP) erklärt, dass der Wunsch nach Planungssicherheit von Unternehmern und Menschen noch für Monate, wenn nicht sogar Jahre, unerfüllt bleiben wird. Das aktuelle Geschehen auf der Welt wird sich auch auf Schlieren auswirken. Steigende Energiekosten, konjunktureller Einbruch, Menschen auf der Flucht, diesen Herausforderungen muss die Stadt mit Konstanz begegnen. Das heisst, Experimente oder drastische Kürzung für 2023 sind nicht zielführend. Die Fraktion GLP erachtet das Budget in dieser Form als angemessen. Trotz anstehender Investitionen in die Infrastruktur und die Umsetzung von Massnahmen in Folge des Klimawandels erhebt die Fraktion GLP aber den Mahnfinger bezüglich der langfristigen finanziellen Stabilität. Mit der vorherrschenden Nettoverschuldung pro Kopf oder dem Selbstfinanzierungsgrad ist es wichtig, dass in Zukunft ein sauberes Fundament für einen gesunden Finanzhaushalt aufgebaut wird. Die zukünftigen Betriebskosten dürfen nicht weiter erhöht werden, sondern müssen im Gegenteil laufend reduziert werden, sei es mit geschickter Verhandlungstaktik über die Schaffung einer Einkaufsstrategie oder durch die zunehmende Digitalisierung bei Verwaltungsabläufen. Neben einem guten Kostenmanagement muss die Stadt auch an der Schraube der Einnahmeseite drehen, mit Werkzeugen in Form eines attraktiven Unternehmenssteuersatzes sowie einer Verbesserung des Verkehrs mittels öV-Anschluss. So dass nicht nur Start-ups angezogen werden, sondern auch etablierten Firmen nach Schlieren kommen. Für 2023 nimmt die Fraktion GLP den Mahnfinger aber wieder runter und hält fest, dass das Budget in dieser Form angenommen werden kann. Nichtsdestotrotz wird die Fraktion GLP gut zuhören, wie der Stadtrat die einzelnen Anträge beantwortet.

Thierry Lustenberger (SP) erklärt, dass sich die Fraktion SP mit dem Budget 2023 auseinandergesetzt hat. Die daraus resultierenden Fragen wurden zufriedenstellend beantwortet. Somit spricht sich die Fraktion SP für die Genehmigung des Budgets 2023 aus. Die Fraktion SP möchte aber einen wichtigen Punkt herausstreichen: Mit der anhaltenden Energieknappheit, mit immer teureren Klimaschäden und mit immer mehr Menschen auf der Flucht, ist Schlieren in den kommenden Jahren mit langanhaltenden Problemen konfrontiert. Der Fraktion SP macht es Sorgen, dass die Stadt weiterhin mit einem strukturellen Defizit vor diesen Problemen steht. Mit einem strukturellen Defizit würde man wohl auch einem Privatunternehmen nicht zutrauen, sich in ihrem Kerngebiet behaupten zu können. Bei der Stadt wird ein strukturelles Defizit aber anscheinend in Kauf genommen. Wäre es somit angebracht, dass die Stadt Investitionen in erneuerbare Heizungen kürzt, sich für Dieselfahrzeuge entscheidet und versucht, Geld auf Schulplätzen einzusparen? Das strukturelle Defizit wird damit nicht aus der Welt geschafft. Dabei bräuchte es dafür nicht viel. Eine einzige 50er-Note aus ihrem Portemonnaie. Fünfundzwanzig Franken, statt hunderttausende von Franken. So könnte mit dem Steuerfuss das strukturelle Defizit behoben werden. Wenn bei wichtigen Investitionen über Teilkürzungen diskutiert wird, hofft die Fraktion SP, dass alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier schon einmal diese 50er-Note vor Augen haben.

Dominic Schläpfer (FDP) erklärt, dass es kein Geheimnis ist, dass die FDP national, kantonale und kommunale für einen schlanken Staat und Bürokratieabbau eintritt. Das Credo ist und bleibt, dass die allermeisten Geschäfte und Verrichtungen, die für das friedliche Zusammenleben und die Prosperität einer Gesellschaft nötig sind im Wettbewerb des freien Marktes effizienter und kostengünstiger erledigt werden können. Nichtsdestotrotz möchte die Fraktion FDP folgenden Personen einen speziellen Dank aussprechen:

Janine Bron, Selina Brücker, Andrea Fus, Christine Herrscher, Armin Glanzmann, Hans-Ueli Hohl, Oliver Küng, Patrick Schärer, Albert Schweizer und Christian Telli

Im Gegensatz zu den im Saal anwesenden Politikerinnen und Politikern sind sie nicht naturgemäss durch die Verbundenheit mit ihrem Wohnort und Lebensmittelpunkt motiviert, täglich ihr Bestes für die Stadt zu geben. Vielmehr haben sie sich entschieden, ihre Tatkraft für Schlieren einzusetzen, obwohl sie aufgrund ihrer beruflichen Qualifikationen und Einsatzbereitschaft auch in jeder anderen Stadtverwaltung eine gute oder vielleicht noch besser bezahlte Kaderstelle besetzen könnten. Diese Arbeit leisten sie schon seit vielen Jahren oder sogar Dezennien. Dafür und für die Leitung ihrer Abteilungen und das kontinuierliche Briefing der vorgesetzten Stadträtinnen und Stadträte gebührt ihnen ein herzliches Dankeschön. Bedanken möchte sich die Fraktion FDP auch beim Stadtrat. Es liegt in der Natur der politisch gewollten und demokratiesichernden Gewaltentrennung, dass ab und an kontroverse Voten aufeinanderprallen. Die Fraktion FDP hat auch als staatskritische Partei allergrössten Respekt vor der geleisteten Arbeit des Stadtrats, ein Grossteil davon unbezahlt.

Die Fraktion FDP nimmt mit Freude und Genugtuung zur Kenntnis, dass der Stadtrat nach Jahren der harten Budgetauseinandersetzungen endlich auf eine stets von der Fraktion FDP bekämpfte Steuererhöhung verzichten will. Interessanterweise mit der Begründung, die durch die Inflation belastete Bevölkerung und Wirtschaft nicht zusätzlich schröpfen zu wollen. Das klingt schon fast wie aus dem Parteiprogramm der FDP. Die vergangenen Jahre gaben und geben der Fraktion FDP Recht. Aus der bereits im Vorjahr präsentierten Zusammenstellung von Markus Weiersmüller wird klar ersichtlich, dass die pessimistischen Kalkulationen stets massiv danebenlagen. Laut stadträtlicher Prognose dürfte es im 2022 zu einer positiven Abweichung von über 8 Mio. Franken kommen. Zum Glück, könnte man einwenden, hat die Stadt an den kritischen Schaltstellen vorsichtige und gut kalkulierende Verantwortliche. Gleichzeitig wird es nun höchste Zeit, hier auch von der Exekutivseite her nachzujustieren. Die bestehenden strukturellen Defizite werden vorerst noch nicht zu kompensieren sein. Die Fraktion FDP ist jedoch mehr als zuversichtlich, dass dies mit dem eingeschlagenen und weiterzuerfolgenden bürgerlichen, wirtschaftsnahen Weg gelingen wird. Die Fraktion FDP wird auch im kommenden Jahr darauf achten, dass die Verwaltung nicht überproportional zur Bevölkerung ansteigt. Weiter steht die Fraktion FDP den in den letzten Jahren in Mode gekommenen Projektkrediten in teils absurder Höhe, da oft durch Dritte erbracht, kritisch gegenüber. Grundsätzlich soll in erster Linie so gespart werden, dass es den Einwohnerinnen und Einwohnern keine Nachteile bringt, z. B. bei Zeitgeist-Luxusgadgets wie E-Lastwagen. Zusammen mit den bürgerlichen Partnern werden im Verlauf der Debatte entsprechende Kürzungsanträge gestellt bzw. unterstützt. Schlieren wird nebst den eigenen gestiegenen Einnahmen auch nächstes Jahr vom kantonalen Finanzausgleich profitieren. Wichtig bleibt zudem die bürgerliche Grundhaltung zur Unterstützung der Wirtschaft, welche letztlich die Zentrumslasten, auch und gerade in der Agglomeration, finanziert. Nachbargemeinden wie Urdorf müssen nachziehen, was zeigt, dass der eingeschlagene Weg eines moderaten Steuerfusses weitergegangen werden muss. Nicht zuletzt um die rund 1'000 natürlichen Personen, die mit ihren hohen Einkommenssteuern für über 40 % und zusammen mit den juristischen Personen für rund zwei Drittel des Steuersubstrats verantwortlich sind, emotional, sondern auch rational an Schlieren zu binden. Es wird interessant sein zu beobachten, ob sich GLP, Grüne und/oder SP getrauen werden, einen Antrag auf Steuererhöhung zu stellen. Gemäss ihrem Verhalten in den vergangenen Jahren, als alle drei geschlossen für höhere Steuern plädierten, geht die Fraktion FDP davon aus. Die Fraktion FDP freut sich auf den rhetorischen Schlagabtausch. Hart aber herzlich.

Dominik Ritzmann (Grüne) erklärt, dass 2022 global gesehen ein turbulentes Jahr war und es keinen Grund gibt anzunehmen, dass sich dies im nächsten Jahr ändern wird. In solchen Zeiten ist es umso beunruhigender, wenn mit einem Aufwandsüberschuss budgetiert wird. Die Höhe des Aufwandüberschusses entspricht ziemlich genau drei Steuerprozenten. Der Stadtrat wollte schon beim letzten Budget den Steuerfuss um diese 3 % erhöhen, leider war eine bürgerliche Mehrheit gegen die Steuerfusserhöhung, was sich nun erneut rächt. Allerdings kann auch argumentiert werden, dass die Rechnung sowieso immer besser abschliesst als das Budget prophezeit. In 1.5 Jahren ist Genaueres bekannt. So oder so verspricht der Finanzplan keine rosige Zukunft. Bei der Abwasserentsorgung fiel der Fraktion Grüne auf, dass trotz niedrigem Anlagendeckungsgrad auf eine Gebührenerhöhung verzichtet wird. Stattdessen wird eine Entnahme von 0.8 Mio. Franken budgetiert. Die Begründung, man wolle die Bevölkerung und das Gewerbe in der jetzigen Zeit nicht mit höheren Gebühren konfrontieren, ist auf den ersten Blick nachvollziehbar. Die Fraktion Grüne ist aber überzeugt, dass die Gebührenerhöhung durch weniger Wasserverschwendung grösstenteils sogar überkompensiert

werden könnte. Jedenfalls hat Dominik Ritzmann noch nie jemanden über zu hohe Wasser- oder Abwasserpreise jammern hören. Leider ist die Querung Reitmen, nachdem sie mehrmals aus den vergangenen Budgets gestrichen wurde, jetzt weder im Budget noch im Finanzplan auffindbar. So werden Velofahrerinnen und Fussgänger aus dem Reitmen- und Teilen des Spitalquartiers auch künftig gezwungen sein, die an Fussgängerunfreundlichkeit kaum zu übertreffende Schönenwerdkreuzung zu benutzen und dies obwohl die Querung im Reitmen im Verkehrsrichtplan eingetragen ist. Allerdings gab es teilweise auch Grund zum Schmunzeln. So kann man im Budget lesen, dass die Polizei vier Teaser kaufen möchte. Aufgrund der sehr kleinen Anzahl Teaser und der Vermutung, dass die Polizei nicht die neue Kommunikationsabteilung der Stadt wird, gingen die Fraktion Grüne davon aus, dass Taser und nicht Teaser gemeint sind, was dann, weniger überraschend, auch bestätigt wurde. Ein bisschen ins Staunen kam die Fraktion Grüne bei den Begründungen zu den höheren Einnahmen im Sozialen bei den Budgetposten "Beiträge" und "Krankenversicherung". So konnte man lesen, dass die Erträge bei den Erstattungen steigen sollen, aufgrund konsequenter Fallrevisionen und Verlustscheinbewirtschaftung. Da stellte sich automatisch die Frage: Weshalb passierte dies in der Vergangenheit inkonsequent? Der Stadtrat will trotz Defizit den Steuerfuss nicht erhöhen. Die Fraktion Grüne ist der Meinung, der Steuerfuss ist zu tief, um die kommenden Investitionen zu stemmen. Da ein Antrag auf eine Steuerfusserhöhung chancenlos wäre, spart sich die Fraktion Grüne die Mühe und spricht sich deshalb für die Abnahme des Budgets 2023 mit einem Steuerfuss von 111 % aus.

Boris Steffen (SVP) bedankt sich im Namen der Fraktion SVP bei allen Beteiligten für die Erarbeitung des Budgets 2023 sowie den Finanzplan. Ihnen ist bewusst, dass dahinter viel Arbeit steckt. Nachdem die Fraktion SVP mit dem Budget 2022 unzufrieden war, ist sie nun mit dem Budget 2023 grossmehrheitlich zufrieden. Die Fraktion SVP dankt dem Stadtrat, dass er auf die Zeichen der Budgetdebatten in den letzten Jahren Rücksicht genommen hat. Persönlich geht sie davon aus, dass dies eher mit den Vorzeichen für die kommenden zwei Jahre zu tun hat und nicht mit dem Willen der Mehrheit des Gemeindeparlaments, was aber sein gutes Recht ist. Eine Rückweisung des Budgets 2023 steht somit für die SVP nicht zur Diskussion. Was der Fraktion SVP nicht gefallen hat, ist die Strategie des Stadtrats bei der Abwasserentsorgung. Es ist schon lange absehbar, dass die Gebühreneinnahmen bei der Abwasserentsorgung nicht ausreichen. Mit seiner selbstaufgelegten Regelung hat sich der Stadtrat ein Mittel geschaffen, welches ihn zwingen sollte zu handeln. Der Stadtrat hebt die Regelung mit dem Unwort "grundsätzlich" auf. Floskeln wie "grundsätzlich" oder "in der Regel" sind immer schlechte Begleiter in der Kommunikation. Der Stadtrat weist darauf hin, dass die Bevölkerung schon durch die Teuerung sowie den höheren Gaspreis stark belastet ist. Boris Steffen ist nicht bekannt, welcher prozentuale Anteil der Bevölkerung den steigenden Gaspreis wirklich merkt. Im Vergleich zur Entwicklung der Krankenkassen-Prämien in den letzten Jahren ist sich die Fraktion SVP unsicher, ob diese Strategie und Begründung der richtige Weg ist. Wie bei einer Investition gilt auch hier, aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Weiter ist zu berücksichtigen, dass Schlieren einem im Vergleich viel zu tiefen Abwassertarif hat. In Schlieren beträgt dieser Fr. 1.30/m³. Als Vergleich Dietikon Fr. 1.65/m³, Urdorf Fr. 2.15/m³, Zürich Fr. 1.62/m³ (regulär) und Weiningen Fr. 2.00/m³. Die Fraktion SVP hätte sich eine moderate Anpassung um Fr. 0.25/m³ gewünscht, um eine Teilabfederung zu gewähren. Boris Steffen hat dies auf seinen Haushalt umgerechnet und würde dadurch bei vier erwachsenen Personen anstatt Fr. 210.00 rund Fr. 250.00 bezahlen. Die Fraktion SVP wünscht sich, dass sich der Stadtrat nochmals Gedanken zum Abwassertarif macht und evtl. bereits im Jahr 2023 eine Anpassung vornimmt. Dies auch unter den Erfahrungen der letzten Gebührenanpassungen wie z. B. dem Gas oder der Schule, welche auch jahrelang verzögert wurden und dann immer noch Ehrenrunden gemacht werden durften. Ein Antrag stellt die Fraktion SVP selbstverständlich nicht, da die Gebührenfestsetzung dem Stadtrat obliegt. Die SVP ist für das Eintreten in die Detailberatung.

Parlamentspräsident Marc Folini stellt fest, dass keine weiteren Voten in die allgemeine Budgetdebatte eingebracht werden und eröffnet die Detailberatung.

Detailberatung zum Budget 2023

Bericht, Anträge und Beschlüsse (S. 4–21)

Parlamentspräsident Marc Folini stellt fest, dass keine schriftlichen Anträge eingegangen sind und keine Wortmeldungen gewünscht werden.

Übersicht Budget (S. 22–30)

Parlamentspräsident Marc Folini stellt fest, dass keine schriftlichen Anträge eingegangen sind und keine Wortmeldungen gewünscht werden.

Erfolgsrechnung Institutionelle Gliederung (S. 31–89)

Antrag, Die Mitte/EVP

Kürzung der Budgetposten Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw. um 10 %.

Daniel Laubi (DM) erklärt, dass die Budgetposten Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw. um 10 % gekürzt werden. Kürzungen sollen in den Abteilungen Bildung und Jugend, Alter und Pflege, Soziales und Präsidiales vorgenommen werden. Bei der Abteilung Bildung und Jugend sind das folgende Positionen: 502.3132, Schulpflege; 520.3132, Primarstufe; 530.3132, Sekundarstufe; 550.3132, Sonderschulung; 551.3132, Schulsozialarbeit und 562.3132, Volksschule Sonstiges. Er vergleicht diesen Kürzungsantrag mit einem Wiederholungskurs (WK) im Militär, wo man ein Budget für drei Wochen erhält. Am Schluss eines WKs gab es jeweils viele sinnlose Fahrten, um das noch vorhandene Benzin zu verbrauchen und es wurde sinnlos Munition verschossen, damit alles aufgebraucht war und nichts zurückgegeben werden musste. Grund dafür war, dass sich sonst das WK-Budget für die nächste Durchführung reduziert hätte, so wurde natürlich nie gespart. Aus der Sicht von Daniel Laubi verhält es sich bei den genannten Budgetposten ähnlich. Ist der Betrag hoch, wird dieser auch ausgegeben, ist der Betrag kleiner, wird nur das vorhandene Geld verwendet. Mit einer Kürzung um 10 % wird keine Abklärung oder sonst etwas zu kurz kommen. Berater werden auch eine reduzierte Entschädigung akzeptieren, denn ein Auftrag der Stadt will sich niemand entgehen lassen. Daniel Laubi erhofft sich dadurch, dass man sich Gedanken dazu macht, wo eine absolute Notwendigkeit besteht. Wo benötigt es eine externe Beratung oder was kann allenfalls innerhalb von der Stadtverwaltung abgedeckt werden? Er ist davon überzeugt, dass die Stadt sehr kompetente Mitarbeitende hat, welche den Aufgaben gewachsen sind.

Parlamentspräsident Marc Folini schlägt vor, dass für einen effizienten Ablauf der Abstimmung die Konten nach Ressorts bearbeitet werden. Die zuständigen Ressortvorsteherinnen oder Ressortvorsteher können ihre Voten zu allen Budgetpositionen in ihrer Abteilung nacheinander geben, danach wird einzeln über jedes Konto abgestimmt, da die Positionen sehr unterschiedliche Inhalte haben.

Stadtpräsident Markus Bärtschiger erklärt, dass die Stadt nicht mit einem Globalbudget arbeitet. Das heisst, die Anträge müssen mit Beträgen in Franken und Rappen gemacht werden. Bei 10 % gibt es manchmal Rundungsdifferenzen und es soll für alle klar sein, welche Beträge wirklich gekürzt werden müssen. Wie Parlamentspräsident Marc Folini bereits erwähnt hat, handelt es sich um sehr unterschiedliche Positionen. Der Stadtrat bittet auch darum, zu jedem Konto einzeln reden zu dürfen.

Parlamentspräsident Marc Folini erklärt, dass aus seiner Sicht die Angabe von 10 % genügt. Der abzuleitende Betrag ist klar erkennbar. Das erste Votum hält Bea Krebs, Ressortvorsteherin Bildung und Jugend.

Stadträtin Bea Krebs erklärt, dass die Schule keine unnötigen Fahrten macht, auch nicht mit dem Schulbus. Der Schule ist schon lange klar, dass das Budget nicht ausgeschöpft werden muss, um im nächsten Jahr wieder gleichviel zu bekommen, falls man es dann braucht. Bea Krebs nimmt zu-

erst Bezug auf alle Konten zusammen. In den Konten werden Leistungen aufgeführt, die zum grössten Teil extern eingekauft werden müssen. Entweder weil die notwendigen fachlichen Kompetenzen nicht intern vorhanden sind oder, weil es gesetzliche Grundlagen dazu gibt, die erfüllt werden müssen. Dabei kann es sich z. B. um Folgekosten aufgrund politischer Vorstösse, Leistungen zur Verkehrserziehung, Psychotherapien usw. handeln. Bea Krebs beginnt mit dem Konto 502.3132, Schulpflege, wo Fr. 4'700.00 eingespart werden sollen. Darin enthalten sind z. B. Kosten, welche die Stadt bei einem verlorenen Rechtsverfahren erwarten könnten. Solche Kosten wären in jedem Fall zu tragen, weil sich die Stadt nicht weigern kann, Verfahrenskosten nicht zu bezahlen. Weiter sind darin Projekte der Schule aufgeführt, insbesondere die Tagesschule, wo man auf eine externe Beratung angewiesen ist. Zudem die IT-Beratung, wo z. B. Schnittstellen zwischen der Stadt und der Schule angesehen werden müssen, Solaris und das Lehrer-Office. Da benötigt die Schule eine externe Beratung, weil die Kompetenzen intern nicht vorhanden sind. Den Ausführungen von Bea Krebs kann entnommen werden, dass sie das Parlament bittet, die 10 % nicht einzusparen, weil ein bisschen Flexibilität benötigt wird. Es handelt sich um das einzige Konto, wo Beratungen in Auftrag gegeben werden können, wenn Wünsche an die Schule gestellt werden. Weiter geht es mit dem Konto 520.3132, Primarstufe, und einem Gesamtbetrag von Fr. 21'500.00. Wenn davon 10 % gekürzt werden, erhalten zwei bis drei von 20 Kindergartenklassen keinen Verkehrsunterricht. Der Verkehrsunterricht in Verkehrserziehung wird durch die Polizei durchgeführt, was einem Nullsummenspiel entspricht. Der Aufwand, welcher bei der Schule gestrichen wird, fehlt als Ertrag bei der Polizei. Die Verkehrserziehung ist im verkehrstechnisch schwierigen Schlieren wichtig und sollte nicht gestrichen werden. Das nächste Konto 530.3132, Sekundarstufe, Gesamtbetrag Fr. 13'000.00. Dieser setzt sich zusammen aus einem Postulat, welches durch das Parlament überwiesen wurde. Die Lehrstellenbörse, zusammen mit ortsansässigen Unternehmen aufzubauen, ist aufwendig und muss nach seiner Institutionalisierung durch eine Fachperson weitergeführt werden. Der Grund wieso der Betrag um Fr. 3'000.00 gegenüber dem Vorjahr erhöht wurde, ist eine Gesetzesänderung im Bereich der Mitarbeiterbeurteilung (MAB) bei den Lehrpersonen. Die Schulleitungen haben das Anrecht darauf, bei etwas schwierigeren MAB eine externe Stelle beizuziehen, dafür wurde eine kostengünstige Lösung bereitgestellt, welche aber auch nicht gratis ist. Weiter das Konto 550.3132, Sonderschulung, Gesamtbetrag Fr 182'600.00, da wären 10 % 18'000 Franken. Darin enthalten sind Psychotherapien, welche Schülerinnen und Schüler gesetzlich zustehen, also Beratungen, Unterstützungen und externe Abklärungen, z. B. Abklärungen im Kinderspital bei Sprachstörungen oder Beratungen für die Gestaltung des Unterrichts mit Kindern, die entweder nicht gut sehen oder nicht gut hören. Darauf kann nicht verzichtet werden. Diese Aufgaben werden nicht freiwillig umgesetzt, sondern kommen Kindern mit besonderen Bedürfnissen zugute. Schlussendlich gibt es noch die externe Logopädie, was auch nicht freiwillig stattfindet. Weshalb findet diese extern statt? Das ist dann der Fall, wenn die Schule zu wenige Logopädinnen und Logopäden hat oder Kinder in einer externen Sonderschule sind und die Logopädie bezahlt werden muss. Das nächste Konto 551.3132, Schulsozialarbeit, Gesamtbetrag Fr. 40'400.00. In diesem Konto ist die Medienprävention abgebildet. Dabei kommen externe Personen und unterrichten die Schülerinnen und Schüler der 4. Klasse und deren Eltern über die Gefahren im Internet, von Facebook und anderen sozialen Medien. Es ist wichtig, dass Kinder wissen, wo diese Gefahren im Internet und auf den sozialen Medien lauern. Weiter besteht eine Leistungsvereinbarung mit dem AJB. In diesem Modul können sich die Sozialarbeitenden der Schule austauschen und fachliches Wissen aufbauen. Dies geschieht zusätzlich zur Führung durch die Fachstelle Leitung Sonderpädagogik, welche seit Beginn den Schulleitungen angeboten wird. Das letzte Konto 562.3132, Volksschule Sonstiges, Gesamtbetrag Fr. 33'000.00. Darin enthalten ist Medios, die von der Schule benötigten Übersetzungen, weil es einen hohen Anteil fremdsprachiger Kinder gibt. Medios wird nicht bereit sein, die Ansätze zu reduzieren. Die Schule hat eine Krisenkompetenz. Da besteht ein Vertrag, der immer dann zur Anwendung kommt, wenn z. B. ein Lehrer verunfallt oder es zu einem Todesfall kommt. Ohne Gerüchte zu verbreiten wäre es denkbar, dass es zu einer sexuellen Belästigung kommt, dafür müsste eine externe Fachperson zur Begleitung beigezogen werden, was vernünftig und wichtig ist. Zuletzt noch die Evakuierungsübungen aus den Schulen, welche nicht selbst durchgeführt werden können. Es ist notwendig, die Vorkehrungen bei einem bestehenden Alarmierungssystem zu üben. Bea Krebs bittet das Parlament inständig die Budgetposten nicht um 10 % zu kürzen. Die Schule spart bereits an verschiedenen Orten, die vorgestellten Dienstleistungen kommen allen Kindern zugute.

Walter Jucker (SP) erklärt, dass Daniel Laubi beantragt, 16 Konten zum Thema "Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten" jeweils linear um 10 % zu kürzen. Nur schon die Anzahl zeigt, dass der Kürzungsantrag wohl nicht seriös geprüft wurde. Oder können alle externen Beratungen in den Ressorts Bildung und Jugend, Alter und Pflege, Soziales und Präsidiales gleich bewertet werden? Die Fraktion SP ist grundsätzlich gegen pauschale Kürzungen, da diese nicht zielführend sind. Auch meint die Fraktion SP, dass eine Kürzung um 10 % einzig einer Budgetverschönerung gleichkommen würde. Da, wo die Stadt auf externe Beratungen angewiesen ist, werden Fachleute auch dann engagiert, wenn das Budget um 10 % gekürzt worden ist. Die Fraktion SP vertraut dem Stadtrat, dass er nur Fachleute engagiert, falls das nötig und zielführend ist. Die Fraktion SP wird gegen diese Kürzungen stimmen.

Thomas Grädel (SVP) erklärt, dass er erstaunt darüber ist, welches Konto für die Schulinstruktionen der Stadtpolizei beansprucht wird. Aus seiner Sicht handelt es sich bei der Stadtpolizei nicht um einen externen Berater und dieser Posten müsste somit genauer budgetiert werden.

Parlamentspräsident Marc Folini gewährt ein beantragtes Time-Out von 5 Minuten.

Daniel Laubi (DM) erklärt, dass bei den angenommenen Anträgen die vorzunehmenden Kürzungen auf Fr. 100.00 abgerundet werden können.

Boris Steffen (SVP) ergänzt, dass der Stadtrat nun klarstellen muss, wann aus rechtlicher Sicht keine Kürzungen bei einem dieser Konten vorgenommen werden darf. Damit die eingegangenen Vertragssicherheiten gewährleistet sind und keine Unvereinbarkeiten mit dem Bezirksrat Dietikon bestehen.

Stadträtin Bea Krebs erklärt, dass auf allen Konten gebundene Ausgaben vorhanden sind. Es bestehen aber keine Verträge, die in die Zuständigkeit des Bezirksrats fallen sollten.

Parlamentspräsident Marc Folini stellt fest, dass keine weitere Wortmeldung zum Ressort Bildung und Jugend gewünscht ist und gelangt zur Abstimmung.

Abstimmungen Antrag, Die Mitte/EVP – Ressort Bildung und Jugend

502.3132, Schulpflege, Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.:
Kürzung um 10 % angenommen mit 19 Ja-Stimmen, zu 16 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.

520.3132, Primarstufe, Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.:
Kürzung um 10 % angenommen mit 19 Ja-Stimmen, zu 16 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.

530.3132, Sekundarstufe, Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.:
Kürzung um 10 % angenommen mit 19 Ja-Stimmen, zu 16 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.

550.3132, Sonderschulung, Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.:
Kürzung um 10 % angenommen mit 19 Ja-Stimmen, zu 16 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.

551.3132, Schulsozialarbeit, Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.:
Kürzung um 10 % angenommen mit 19 Ja-Stimmen, zu 16 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.

562.3132, Volksschule Sonstiges, Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.:
Kürzung um 10 % angenommen mit 19 Ja-Stimmen, zu 16 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.

Stadträtin Songül Viridén erklärt, dass der Antrag für die Abteilung Soziales fast ausschliesslich juristische Abklärung mit Leistungsvereinbarung betrifft, die nicht einfach gekürzt werden können. Das erste Konto 400. 3132 beinhaltet juristische Beratung, also externe Organisationsberatung, Reorganisation und IT-Unterstützung für spezialisierte Vorlagen. In vielen Bereichen der juristischen Beratung benötigt die Abteilung Soziales personalisiertes Fachwissen, das intern nicht vorhanden ist und auch nicht vorgehalten werden kann. Insbesondere geht es um juristische Unterstützung, z. B. war das Asylsubmissionsverfahren im Jahr 2022 ein hochkomplexes Verfahren, das ohne externe juristische Beratung nicht in erwünschter Qualität hätte durchgeführt werden können. Solch spezialisierte

Fragen treten zwar immer wieder auf, sind aber zu selten, als dass man es intern lösen kann. IT-Unterstützung für spezialisierte Vorlagen, der nächste grössere Posten, ist die externe Organisationsberatung Reorganisation. Die in den Vorjahren notwendige externe Organisationsberatung für die Reorganisation der Abteilung wurde schon deutlich gekürzt. Hier sind nur noch einzelne Aufträge vorgesehen. Das Kontobudget 2022 wies noch Fr. 60'000.00 aus, nun wurde es bereits auf Fr. 40'000.00 reduziert. Das heisst, es wurde bereits intern eine Reduktion von 33 % vorgenommen. Songül Viridén bittet das Parlament, die wirklich notwendige juristische Beratung nicht noch weiter zu kürzen. Das Konto 410.3132 betrifft vor allem die Krippenaufsicht und die Rechtsberatung Kinderschutz. Die Krippenaufsicht ist eine Pflichtaufgabe der Gemeinde. Das heisst, die Aufgabe muss wahrgenommen werden. Die Krippenaufsicht ist ein Spezialgebiet, bei dem man nicht nur über pädagogische Konzepte informiert sein muss, sondern auch über Gesundheitsschutz, Bauauflagen oder arbeitsrechtliche Grundlagen. Wird der Auftrag nicht extern vergeben, muss das Fachwissen innerhalb der Abteilung vorhanden sein, was schlichtweg nicht der Fall ist. Es müsste also eine zusätzliche Stelle geschaffen werden. Es ist aber aussichtslos, eine Fachperson für ein so kleines Pensum zu finden. Songül Viridén zweifelt daran, ob dies wirklich die günstigere Lösung wäre. Zudem liegt hierfür seit dem 1. Januar 2021 eine Leistungsvereinbarung mit der Firma Triangel vor. Das heisst, der Vertrag müsste trotz einer allfälligen Kürzung erfüllt werden. Es handelt sich dabei um Spezialisten, die sich mit der Materie hervorragend auskennen. Auch auf diesem Konto waren im 2022 noch Fr. 15'000.00 budgetiert und 2023 nur noch Fr. 10'000.00. Das heisst, auch hier wurden bereits 33 % eingespart. Die Aufgaben aus dem existierenden Vertrag müssen aber trotzdem erfüllt werden. Das Konto 415.3132 betrifft die Berufsbeistandschaft. Dabei geht es um Rechtsberatung, also komplexe Fälle in der Berufsbeistandschaft. Es gibt in der Berufsbeistandschaft immer wieder Fälle für die ein juristisches Fachwissen benötigt wird, z. B. hohe Erbschaften, grosses Vermögen, insbesondere bei Liegenschaften etc., welche im Interesse der Klientin, des Klienten korrekt behandelt werden müssen. Macht die Stadt dabei Fehler, ist sie regresspflichtig. Das juristische Fachwissen kann nicht für jede Detailfrage und für jede Ausnahmesituation bei den beiden Berufsbeiständen der Stadt vorhanden sein. Bei einer Streichung können zu komplexen Fragen weniger juristische Abklärungen stattfinden, was nicht im Sinne des Parlaments sein kann. Die Gefahr besteht, dass die Stadt schlussendlich auf höheren Kosten sitzen bleibt als budgetiert. Dann die Konten 420.3132, Sozialberatung, und 430.3132, Sozialberatung Intake. Auch hier geht es um juristische Beratung von komplexen Sozialversicherungsfällen. In der Sozialberatung und im Intake ist es eine wesentliche Aufgabe subsidiäre Ansprüche für Klientinnen und Klienten geltend zu machen, insbesondere auch Ansprüche auf Sozialversicherung. Es lohnt sich fast immer, abgelehnt IV-Anträge juristisch prüfen zu lassen. Oft sind die Beschwerdeverfahren erfolgreich und die Stadt erhält hohe Rückerstattungen. Das heisst, zusätzlich kann die Klientel durch diese Abklärungen vielleicht sogar von der Sozialhilfe abgelöst werden. Das für ein komplexes Beschwerdeverfahren in der IV nötige juristische Fachwissen ist in der Abteilung nicht vorhanden und muss extern eingekauft werden. Es handelt sich dabei um eine Pflichtaufgabe, da die Geltendmachung von subsidiären Leistungen oberstes Ziel der Sozialhilfe ist. Das heisst, auch ohne eine externe Auftragsvergabe müsste die Geltendmachung von Leistungen trotzdem gemacht werden. Logisch müsste dafür Personal eingestellt werden. Zudem werden aus diesen Konten die vertrauensärztlichen Überprüfungen von Anträgen auf Zahnarztbehandlung bezahlt. Diese Überprüfung schützt die Stadt vor der Übernahme ungerechtfertigter Anträge. Zahnärztliches Wissen ist in der Abteilung nicht vorhanden und es ist auch nicht geplant eine Zahnärztin oder einen Zahnarzt einzustellen. Auch diese Kosten ergeben sich aus den Pflichtaufgaben zur Abklärung der wirtschaftlichen Sozialhilfe. Hier ist keine Kürzung möglich oder nur sehr schwer möglich, weil von einer gleichbleibenden Fallzahl in der Sozialhilfe ausgegangen werden kann. Gesamthaft bittet Songül Viridén, die Beträge auf den genannten Posten nicht um 10 % zu kürzen, da teilweise die Möglichkeit dazu auch gar nicht besteht, weil die Ausgaben trotzdem anfallen. Bei einem weiteren Teil erwächst der Stadt selbst ein Nachteil aus den Kürzungen, da mit juristischen Abklärungen mehr Geld eingenommen als ausgegeben wird.

Thomas Grädel (SVP) erklärt, dass jede Katastrophe schon im Budget einkalkuliert ist, wenn das Budget mit der Rechnung 2021 verglichen wird. Im Konto 410.3132 wurden im 2022 Fr. 15'000.00 budgetiert. Als bemerkt wurde, dass die Rechnung 2021 nur Fr. 3'212.45 ausweist wurde ein neuer Betrag mit Fr. 10'000.00 budgetiert. Dasselbe im Konto 415.3132, da werden jeweils Fr. 10'000.00 im 2022 und 2023 budgetiert. In der Rechnung 2021 beträgt der Aufwand aber nur Fr. 2'396.10. Im Konto 420.3132 werden für 2023 Fr. 80'000.00, im 2022 wurden Fr. 73'000.00 budgetiert. Diese

Beträge können aber durch den hohen Betrag von Fr. 157'861.55 im Rechnungsjahr 2021 begründet werden. Im 2021 scheint wohl eine der erwähnten Katastrophen eingetreten zu sein. Eine spezielle Situation kann aber auch immer begründet werden. Im Konto 430.3132 wurden im 2023 und 2022 jeweils Fr. 25'000.00 budgetiert. Obwohl anscheinend zahnärztliche Abklärungen nötig gewesen sind, wurden nur Fr. 502.20 gebraucht. Da kann wirklich genauer budgetiert werden. Die Streichungen machen nicht so viel aus und wenn wirklich eine Katastrophe eintritt, dann soll diese begründet und nicht das Budget schon im Voraus erhöht werden. Die Fraktion SVP stimmt für die Streichungen, um schlussendlich ein realistischeres Budget zu erhalten.

Stadträtin Songül Viridén erklärt, dass das Konto 410.3132 auf einer Leistungsvereinbarung beruht, die Kosten von der Anzahl Fälle abhängen und kein Grundbetrag definiert ist. Bei mehreren Fällen können die Kosten auch rasch ansteigen.

Boris Steffen (SVP) erklärt, dass das Budget immer auf einer Annahme beruht. Die Rechnung mit den tatsächlichen Zahlen sieht dann immer anders aus. Eine Streichung ist eine Korrektur und heisst nicht, dass notwendige Leistungen nicht erbracht werden dürfen. In der Rechnung kann begründet werden, weshalb das Budget überzogen wurde.

Stadträtin Songül Viridén erklärt, dass sie nicht wie die Schule fixe Beträge anhand der Anzahl Klassen ableiten kann, sondern dass sich die Kosten im Sozialen über die einzelnen Fälle bestimmen. Es kann jeden Tag passieren, dass plötzlich mehr Sozialfälle oder Flüchtlinge erscheinen, dafür muss ein Budget aufgestellt werden und dieses kann nicht einfach knapp berechnet werden. In vielen Bereichen wurde das Budget zum Vorjahr schon um bis zu 33 % reduziert und Positionen angepasst.

Parlamentspräsident Marc Folini stellt fest, dass keine weitere Wortmeldung zum Ressort Soziales gewünscht ist und gelangt zur Abstimmung.

Abstimmung Antrag, Die Mitte/EVP – Ressort Soziales

400.3132, Abteilungsverwaltung, Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.:
Kürzung um 10 % angenommen mit 18 Ja-Stimmen, zu 16 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

410.3132, Erwachsenen- und Kinderschutzmassnahmen, Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.:
Kürzung um 10 % angenommen mit 18 Ja-Stimmen, zu 16 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

415.3132, Berufsbeistandschaft, Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.:
Kürzung um 10 % angenommen mit 18 Ja-Stimmen, zu 16 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

420.3132, Sozialberatung, Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.:
Kürzung um 10 % angenommen mit 18 Ja-Stimmen, zu 16 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

430.3132, Sozialberatung Intake, Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.:
Kürzung um 10 % angenommen mit 18 Ja-Stimmen, zu 16 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

Stadträtin Songül Viridén erklärt, dass in der Abteilung Alter und Pflege viele Positionen betroffen sind, die aufgrund von fehlendem Wissen oder Ressourcen extern eingekauft werden müssen oder aus finanziellen Gründen nicht selbst erfüllen werden können. Teilweise sind sogar Leistungsvereinbarungen betroffen, die erfüllt werden müssen. Das Konto 300.3132, darin geht es um den Neubau "Wohnen am Stadtpark", wo sich der Personalbedarf in Bezug auf Menge und Qualifikation verändern wird. So kann der Personalbedarf und die damit verbundene Organisationsentwicklung frühzeitig geplant werden. Es ist zwingend, dass Veränderung gut gesteuert und den Mitarbeitenden gegenüber auch zukunftsorientiert und vertrauensbildend kommuniziert werden. Eine frühzeitige Planung und transparente Kommunikation soll nämlich dazu beitragen, dass die sehr gesuchten Fachkräfte der Stadt in diesem Bereich erhalten bleiben. Dieser Prozess muss bestmöglich geplant, gesteuert und umgesetzt werden. Daher wird eine externe Firma unterstützend beigezogen. Es hätte fatale Auswirkungen, würde die Stadt hier nicht rechtzeitig reagieren. Die Personalsituation in der

Pflege ist derzeit sehr schwierig und eine Neuanstellung ist unter anderem auch finanziell sehr aufwendig. Eine gute und rechtzeitige Planung ist fundamental. Im Konto 310.3132 gibt es zwei grosse Posten, der Grössere betrifft die Medikamentenverblisterung im Sandbühl. Die Medikamentenverblisterung vereinfacht die Abläufe, vermindert Fehler bei der Vorbereitung der Medikamente und spart deutlich Ressourcen ein. Es handelt sich dabei um eine Leistungsvereinbarung, welche bereits seit 2018 existiert. Songül Viridén bittet das Parlament, diesen Vertrag nicht zu beschädigen. Der zweite Posten betrifft den Ersatz für eine Pflegeexpertin, welche nach ihrer Kündigung nicht ersetzt wurde. Die Stelle wurde durch einen Konsiliararzt abgedeckt. Somit handelt es sich um eine Verschiebung der Lohnkosten auf das Konto der externen Beratung, wo Fr. 15'000.00 dafür eingestellt sind. Im Total des Personalaufwands ist zu erkennen, dass die Lohnkosten deutlich tiefer budgetiert sind als in den beiden Vorjahren, im Vergleich zum Budget 2021 sogar Fr. 370'000.00 weniger. Aufgrund der sinkenden Nachfrage werden auch andere Pflegestellen zurzeit bewusst nicht belegt, aber dafür braucht es eben dann diese externe Unterstützung. Gewisse Arbeiten müssen halt einfach trotzdem gemacht werden. Sollte das Parlament einen Teil dieses Postens streichen, sieht sich der Stadtrat gezwungen, wieder mehr Personal einzustellen. Das letzte Konto 320.3132, welches mehrere Posten abdeckt. Betroffen sind die Pflegewohnungen Mühleacker und Bachstrasse. Der grösste Teil entfällt auf die Medikamentenverblisterung und den Ersatz der Pflegeexpertin. Die Pflegeexpertise ist in diesem Konto mit Fr. 7'500.00, im anderen mit Fr. 15'000.00 hinterlegt. Keine Möglichkeit zur Kürzung bietet die Nacht-Spitex mit Fr. 2'500.00, die Legionellen-Prüfung im Wasser für Fr. 1'800.00 und Abklärungen durch die Kinästhetik oder durch einen Konsiliararzt. Songül Viridén appelliert an das Parlament, keine weiteren Streichungen vorzunehmen. Eine Kürzung von 10 % setzt den Stadtrat nur unter Stress und zwingt ihn vielleicht wieder dazu, neues Personal einzustellen, was im Moment eher schwierig und nicht optimal wäre.

David Baumann (GLP) erklärt, dass dieselbe politische Seite, welche sich über einen unnötigen Budgetverschleiss wie im WK ärgert, sich auch darüber ärgert, wenn die zur Verfügung gestellten Gelder nicht aufgebraucht werden. Die Ehefrau von David Baumann ist seit ihrer Lehre in der Pflege tätig. Für das Pflegepersonal hat die Verfügbarkeit von externen Fachkräften einen hohen Stellenwert. Ohne diese Dienstleistung werden intern Fachkräfte noch schwerer zu finden sein, da keine Entlastung stattfindet, was zu einem riesigen Problem führen würde. Die Fraktion GLP stellt sich ganz klar gegen Kürzungen in diesem Bereich und hofft, dass darauf Rücksicht genommen wird.

Parlamentspräsident Marc Folini stellt fest, dass keine weitere Wortmeldung zum Ressort Alter und Pflege gewünscht ist und gelangt zur Abstimmung.

Abstimmung Antrag, Die Mitte/EVP – Ressort Alter und Pflege

300.3132, Abteilungsverwaltung, Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.:

Kürzung um 10 % abgelehnt mit 15 Ja-Stimmen, zu 16 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen.

310.3132, Alterszentrum Sandbühl, Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.:

Kürzung um 10 % abgelehnt mit 14 Ja-Stimmen, zu 16 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen.

320.3132, Pflegewohnungen, Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.:

Kürzung um 10 % abgelehnt mit 15 Ja-Stimmen, zu 16 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen.

Stadtpräsident Markus Bärtschiger fasst die bisherigen Abstimmungen kurz zusammen. Das Parlament hat bis zum aktuellen Zeitpunkt Fr. 4'700.00, Fr. 2'100.00, Fr. 1'300.00, Fr. 18'200.00, Fr. 4'000.00, Fr. 3'300.00, Fr. 4'000.00, Fr. 1'000.00, Fr. 1'000.00, Fr. 8'000.00 und Fr. 2'500.00 gestrichen. Dieses Vorgehen kommt ihm sehr bekannt vor und wurde von ihm dazumal als Bleistiftabstimmung genannt. Damals wurde vereinbart, dass solche Anträge in der RPK beraten werden, wo eine saubere Diskussion stattfinden kann und bessere Lösungen gefunden werden können. Markus Bärtschiger ist enttäuscht über das aktuelle Vorgehen und spricht auch im Namen seiner Stadtratskolleginnen und Stadtratskollegen. Auch bei den letzten beiden Konten macht es aus seiner Sicht keinen Sinn, diese kürzen zu wollen. Wenn das Konto 100.3132 um Fr. 1'000.00 gekürzt werden würde, könnte auf den Teil "Diverses" verzichtet werden. Der andere Teil wird für das Redesign der Webseite verwendet. So könnte die Digitalisierung des Bilderarchivs nur teilweise umgesetzt werden, ein anderer Teil entfällt auf die IT. Zudem die Verbesserung der Kommunikation. Dinge, welche

dauernd durch das Parlament gefordert werden und bereits in den letzten Jahren teilweise budgetiert wurde. Die Umsetzung ist bisher daran gescheitert, dass eine wichtige Person krankheitshalber ausgefallen ist. Aktuell würde das Projekt irgendwo in der Mitte gestoppt, was nicht im Sinne des Parlaments und definitiv nicht im Sinne des Stadtrats wäre. Markus Bärtschiger bittet das Parlament, sich in diesem Fall genau zu überlegen, wie es seine Entscheidung trifft. Eine schlechte Kommunikation kann nicht beanstandet werden, wenn das Budget für Kommunikationsfragen abgewürgt wird. Im Konto 110.3132 geht es um Personalfragen, um den Fachkräftemangel, wie diese Fachkräfte gefunden und behalten werden können. Die Privatwirtschaft wie auch der Staat muss um jedes Talent kämpfen. Aus diesem Grund benötigt es Massnahmen und Verbesserungen im Bereich der Personalstrategie. Es geht um Projekte zur Förderung der Gesundheit, das Intranet ist ein Thema, zur Verbesserung der internen Kommunikation, es gibt Massnahmen zur Führung und Steuerung von nachhaltigen Projekten und eine Mitarbeiterumfrage alleine kostet halt auch bereits Fr. 20'000.00. Die Mitarbeiterumfrage im 2018 hat wesentlich zur Zufriedenheit der Mitarbeitenden beigetragen. Schlussendlich sind Fr. 15'000.00 für arbeitsrechtliche Beratungen eingestellt, welche nicht einfach gestrichen werden können. Die Stadt verfügt nicht über eigene Juristinnen oder Juristen. Diese wären viel zu teuer, also benötigt sie eine externe Beratung. Es kann nicht sein, dass die Stadt vor Gericht verliert, weil keine juristische Beratung zur Verfügung steht. Eine Kürzung der rechtlichen Beratung wäre weder nachhaltiger noch günstiger als der budgetierte Geldbetrag.

Sarah Impusino (DM) erklärt das für den Budgetposten 110.3132 im 2022 Fr. 45'000.00 eingestellt wurden und für 2023 Fr. 90'000.00 beantragt werden. Sie findet, dass mit einer Kürzung von 10 % nicht das ganze Budget, sondern eben nur 10 Prozent gekürzt werden. Somit fällt die juristische Beratung nicht weg. Wenn die Rechtsberatung Fr. 15'000.00 kostet, bedeutet das eine Kürzung von Fr. 1'500.00, damit geht nicht jeder Rechtsstreit verloren. Fr. 1'500.00 bedeuten für eine Juristin oder einen Juristen vielleicht fünf Stunden Arbeit oder sogar weniger. Mit dieser Kürzung wird auch die Kommunikation oder das Intranet nicht gestoppt, mit 10 % wird kein allzu grosser Betrag wegfallen. Das Budget wurde in der Vergangenheit sowieso noch nie ausgeschöpft.

Daniel Tännler (SVP) erklärt, dass er sich den Worten von Sarah Impusino anschliesst.

Leila Drobi (SP) erklärt, dass dieser Antrag für sie eine Rotstiftkorrektur durch das Budget darstellt. Es werden Leistungen gestrichen, ohne deren Bedeutung zu kennen. Gerade in der Kommunikation stellt sich die Frage, ob die Streichung von ein paar 1'000 Franken eine Wirkung zeigt. Eine zielführende Einsparung findet nicht statt, wenn eine Kürzung von 10 % über alles stattfindet. Eine gezielte Kürzung einzelner Positionen wäre bestimmt sinnvoller.

Markus Weiersmüller (FDP) erklärt, dass es nicht relevant ist, ob nun dieses Vorgehen Bleistiftdiskussion, Rotstiftdiskussion oder Grünstiftdiskussion genannt wird. Es ist nun einmal eine Budgetdiskussion und wenn die bürgerlichen Parteien wie in der Vergangenheit grosse Beträge kürzen wollen, dann werden sie kritisiert. Wenn kleine Beträge gekürzt werden, ist es aber anscheinend auch falsch. Markus Weiersmüller glaubt, dass man sich auf dem richtigen Weg befindet. Die Stadt muss sparen und mit Steuergeldern muss verantwortungsvoll umgegangen und gleichzeitig ein Service Public garantiert werden. Wie im Geschäftsleben üblich, muss ab und zu auf die Sachen draufgehauen werden. Auch in den bürgerlichen Reihen gibt es Personen, welche in der öffentlichen Verwaltung arbeiten, nicht nur in Schlieren, auch in anderen Gemeinden. Eine Verhandlung, auch in der öffentlichen Verwaltung, besteht immer aus zwei Seiten und auch da kann Druck aufgebaut werden. Ein Sparauftrag aus dem Parlament kann auch positiv angesehen werden, und wenn aus wichtigen Gründen eine Leistung das Budget um z. B. Fr. 1'000.00 überschreitet, kann dies bestimmt auch begründet werden. Niemand dreht dem Stadtrat einen Strick, wenn das Budget trotzdem überschritten wird. Wichtig ist, dass ein verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeldern stattfindet.

Manuel Kampus (Grüne) erklärt, dass die Sparanträge auf den betreffenden Konten "Honorare externe Berater, Gutachten und Fachexperten" aus seiner Sicht inkonsequent sind und er die bürgerlichen Parteien fragen möchte, wieso genau diese Konten ausgesucht wurden? Honorare für Fachexperten existieren noch auf vielen anderen Konten, z. B. das Konto 610.3132, Vermessung und Vermarktung, Ressort Bau und Planung. Wieso wurden diese nicht berücksichtigt?

Daniel Laubi (DM) erklärt, dass er diese Frage nicht beantwortet.

Stadtpräsident Markus Bärtschiger erklärt, dass es dem Stadtrat immer schwerfällt, Geld für externe Beratungen auszugeben und auch immer zuerst die internen Optionen abgeklärt werden. Bei diesen Konten wird auch im Stadtrat am meisten diskutiert. Die Beträge werden nicht einfach auf Vorrat budgetiert. Aufgrund dieses Antrags muss sich der Stadtrat aber Gedanken zu seiner Budget-Philosophie machen. Etwas mehr budgetieren, damit nachher Streichungen vorgenommen werden können. Was weder im Sinne des Stadtrats, noch im Sinne des Parlaments ist. Natürlich ist das Budget immer eine Absichtserklärung, aber auch der Stadtrat möchte das Geld nicht mit der Schaufel, sondern sinnvoll für die Stadt und sinngemäss nach Deklaration ausgeben. Markus Bärtschiger bittet das Parlament, diese Worte noch einmal zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmung Antrag, Die Mitte/EVP – Ressort Präsidiales

100.3132, Stadtkanzlei, Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.:

Kürzung um 10 % angenommen mit 19 Ja-Stimmen, zu 16 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.

110.3132, Personal und Organisation, Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.:

Kürzung um 10 % angenommen mit 17 Ja-Stimmen, zu 16 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Parlamentspräsident Marc Folini erklärt, dass die Sitzung nach einer Pause von 15 Minuten weitergeführt wird.

Antrag, Die Mitte/EVP (Kto. 110.30499.00, S. 32)

Vorbehältlich Entscheid Kantonsrat: Reduzierung der Teuerungszulage auf insgesamt 1.75 %.

Denise Küng (DM) erklärt, dass der Regierungsrat den Teuerungsausgleich von 3.5 % beschlossen hat und dieser vollumfänglich in das Budget der Stadt eingeflossen ist. Jetzt hat die Finanzkommission des Kantonsrats eine Halbierung beantragt und gemäss den Medien, ist die Mehrheit des Kantonsrats dem Antrag gefolgt. Folgt der Stadtrat dieser Halbierung?

Stadtpräsident Markus Bärtschiger erklärt, dass dieser Antrag aus rechtlicher Sicht § 40 Abs. 1 der Personalverordnung vom 12. Februar 2018 betrifft, dieser lautet wie folgt: Die für das kantonale Personal anwendbaren Beschlüsse über generelle Teuerungszulagen, Realloohnerhöhungen oder Lohnreduktionen gelten in der Regel auch für das Personal der Stadt. Gerne möchte Markus Bärtschiger nun wiedergeben, was Ernst Stocker, Regierungsrat SVP, im Kantonsrat zu diesem Thema eingebracht hat: "Bei diesem Thema muss man über den Tellerrand hinausschauen. Die Teuerung macht keine Freude, nicht beim Personal und auch nicht bei den Investitionen. Das Personal beim Kanton hat in den letzten Jahren sehr gut und vor allem während Corona übermässig viel gearbeitet. In den letzten Jahren gab es auf Bundes- und Kantonsebene durchwegs namhafte Steuersenkungen. Es gilt was in der Verordnung steht, wonach das Personal einen Teuerungsausgleich erhält. Damit wird kein Lohnexzess betrieben, sondern der Kanton ist ein guter Arbeitgeber, die Finanzpolitik ist stabil, Herausforderungen können gemeistert werden und eine gute Vorbildfunktion einzunehmen ist wichtig. Zudem ist die Arbeitslosenquote fast so tief wie noch nie und aufgrund des starken Fachkräftemangels muss für das Personal Sorge getragen werden." So lautet die Zusammenfassung eines Zitats von einem SVP-Regierungsrat zu dem für ihn notwendigen Teuerungsausgleich von 3.5 %. Danke sagen und applaudieren reicht aktuell nicht mehr, um das Personal, z. B. Lehr- oder Pflegekräfte, zu halten. Wie kann nun aber die Entscheidung des Kantonsrats bewertet werden? Es ist korrekt, dass der Kantonsrat 357 Mio. Franken gestrichen hat. Der Kanton arbeitet im Gegensatz zu Schlieren mit einem Globalbudget, eine total andere Situation. Streichungen von Sammelposition sind für den Regierungsrat nicht bindend, insbesondere dann nicht, wenn schon gewisse Beschlüsse bestehen. Der Regierungsrat hat mit dem Beschluss 1'260/2022 vom 21. September 2022, Nachträge zum Budgetentwurf, beschlossen, dass dem Personal, nach den Berechnungen gemäss Personalverordnung, 3.5 % Teuerung gewährt wird. Auf Nachfrage, ob der Regierungsrat nun aufgrund

der Kürzung auf den Beschluss zurückkommt war die Antwort ein klares Nein. Der Regierungsratsbeschluss betreffend die Teuerung von 3.5 % bleibt also bestehen. Der auch bürgerlich zusammengesetzte Regierungsrat wird nun sicherlich sparen, aber nicht beim Teuerungsausgleich. Die gekürzten 337 Mio. Franken betreffen z. B. budgetierte Mindereinnahmen aus der Schweizerischen Nationalbank, wo noch keine Klarheit herrscht, ob dies auch so sein wird. Zudem auch Personalkosten mit etwa 100 Mio. Franken. Beim Personal kann auch an anderen Orten gespart werden, z. B. wenn Stellen nicht ausgeschrieben werden etc., aber nicht bei den 3.5 %. Somit erhält das Personal der Stadt gemäss § 40 Abs. 1 der Personalverordnung den vom Regierungsrat bzw. vom Kanton beschlossenen Teuerungsausgleich von 3.5 %.

Parlamentspräsident Marc Folini gewährt ein beantragtes Time-Out von 5 Minuten.

Denise Küng (DM) gibt an, dass sie die Argumentation des Stadtpräsidenten überzeugt hat, insbesondere betreffend Globalbudget, das in Schlieren nicht existiert. Aus diesem Grund würde sie den Antrag gerne zurückziehen.

Parlamentspräsident Marc Folini teilt mit, dass der Antrag somit zurückgezogen ist und erklärt die Detailberatung zur Erfolgsrechnung Institutionelle Gliederung für beendet.

Erläuterungen zur Erfolgsrechnung (S. 90–114)

Präsidiales (S. 91–92)

Parlamentspräsident Marc Folini stellt fest, dass keine schriftlichen Anträge eingegangen sind und keine Wortmeldungen gewünscht werden.

Sicherheit und Gesundheit (S. 93–95)

Parlamentspräsident Marc Folini stellt fest, dass keine schriftlichen Anträge eingegangen sind und keine Wortmeldungen gewünscht werden.

Alter und Pflege (S. 95–97)

Parlamentspräsident Marc Folini stellt fest, dass keine schriftlichen Anträge eingegangen sind und keine Wortmeldungen gewünscht werden.

Soziales (S. 97–99)

Parlamentspräsident Marc Folini stellt fest, dass keine schriftlichen Anträge eingegangen sind und keine Wortmeldungen gewünscht werden.

Bildung und Jugend (S. 100–102)

Parlamentspräsident Marc Folini stellt fest, dass keine schriftlichen Anträge eingegangen sind und keine Wortmeldungen gewünscht werden.

Bau und Planung (S. 102–103)

Parlamentspräsident Marc Folini stellt fest, dass keine schriftlichen Anträge eingegangen sind und keine Wortmeldungen gewünscht werden.

Werke, Versorgung und Anlagen (S. 103–106)

Parlamentspräsident Marc Folini stellt fest, dass keine schriftlichen Anträge eingegangen sind und keine Wortmeldungen gewünscht werden.

Finanzen und Liegenschaften (S. 107–114)

Parlamentspräsident Marc Folini stellt fest, dass keine schriftlichen Anträge eingegangen sind und keine Wortmeldungen gewünscht werden.

Erfolgsrechnung funktionale Gliederung (S. 115–172)

Antrag, SP (Kto. 593.5930, S. 155)

Für "Hilfsaktionen im Ausland" (Funktion 5930), soll wieder, wie 2021, der Betrag von Fr. 10'000.00 eingestellt werden.

Walter Jucker (SP) erklärt, dass für "Hilfsaktionen im Ausland", wie schon 2021, wieder ein Betrag von Fr. 10'000.00 eingestellt werden soll. Der Stadtrat soll auch künftig die Möglichkeit haben, Hilfsaktionen zu unterstützen. Dieser Betrag wurde im letzten Jahr für das Budget 2022 gestrichen. Auch im Budget 2023 sind keine Ausgaben für Hilfsorganisationen im Ausland vorgesehen. Noch im Budget 2017 waren dafür Fr. 55'000.00 eingestellt. Mit diesem Geld wurden Hilfsorganisationen durch die Stadt unterstützt. Der Ukrainekrieg hat gezeigt, dass solche Unterstützungsmöglichkeiten wichtig und nötig sind. Die Fraktion SP beantragt daher, wieder Fr. 10'000.00 einzustellen.

Daniel Tännler (SVP) stellt die Frage an den Stadtrat, ob im 2022 Gelder für Hilfsaktionen im Ausland ausgegeben wurden, obwohl diese nicht im Budget standen.

Markus Bärtschiger antwortet, dass für Auslandhilfen keine Gelder mehr gesprochen wurden und somit auch kein Rappen mehr dafür ausgegeben wurde, auch nicht für die Ukraine. Für die Inlandhilfe wurden Gelder wie budgetiert gesprochen.

Boris Steffen (SVP) erklärt, dass sich der Stadtrat ein bisschen darum herumdrückt zu erläutern, weshalb die Fr. 10'000.00 nicht mehr im Budget sind. Infolge des Entlastungsprogramms wurde dieser Betrag weggestrichen. Boris Steffen bittet das Parlament, diesen Antrag nicht zu unterstützen. Es handelt sich hierbei um eine Bundesaufgabe und ist nicht eine Gemeindeaufgabe.

Abstimmung Antrag, SP

Angenommen mit 20 zu 15 Stimmen.

Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen (S. 173–192)

Antrag, SVP (INV00386, S. 180)

Die SVP-Fraktion stellt den Antrag die Investition bei der "INV00386 Ersatzbeschaffung Kranlastwagen 4-Achser" von Fr. 800'000.00 auf Fr. 500'000.00 zu reduzieren.

Dies reduziert Investitionsausgaben beim Verwaltungsvermögen um netto Fr. 300'000.00. Falls eine Abschreibung auf die Investition von Fr. 800'000.00 im Budget 2023 berücksichtigt wurde, ist dies auch in der Erfolgsrechnung entsprechend zu korrigieren.

Hans-Ulrich Etter (SVP) erklärt, dass die bürgerlichen Parteien die Ersatzbeschaffung eines Kranlastwagens mit Hakensystem nicht infrage stellen. Es sollen Fr.300'000.00 aus dem Antrag gestrichen werden. Begründet wird der Streichungsantrag wie folgt: Der Kauf eines konventionell angetriebenen Kranlastwagens mit Dieselantrieb bringt eine Einsparung von rund Fr. 300'000.00. Es gibt sehr lange Lieferfristen für elektrisch angetriebene Fahrzeuge, da ein sehr grosser Bedarf vorhanden ist. Für das mit Diesel betriebene Fahrzeug bestehen ebenfalls Lieferfristen. Diese dürften aber weniger lang sein. Durch die lange Lieferfrist, die grosse Nachfrage nach voll elektrisch betriebenen Fahrzeugen und den knappen Ressourcen bei der Batterieherstellung, ist eine hohe Teuerung bei der Anschaffung zu befürchten. Es kann davon ausgegangen werden, dass das Fahrzeug schlussendlich rund 1 Mio. Franken oder mehr kosten wird. Bei einem elektrischen Fahrzeug mit Hakenbetrieb etc. bestehen keine langzeitigen Erkenntnisse über die tägliche Laufzeit bei Batteriebetrieb im

Vollastbetrieb. Da das Fahrzeug auch für auswärtige Fahrten eingesetzt wird, besteht das Risiko, dass nicht genügend Batteriekapazität für einen längeren Einsatz zur Verfügung steht. Bei der möglichen Situation einer Strommangellage macht es keinen Sinn, alle Behördenfahrzeuge elektrisch (u. a. Kehrlichfahrzeuge) zu betreiben. Ohne Strom fahren diese Fahrzeuge nicht und die täglichen Einsätze können nicht mehr geleistet oder die Fahrzeuge müssten mit Notstromanlagen aufgeladen werden. Bei einer Netzabschaltung würde auch der Werkhof von der Stromversorgung getrennt werden. Die Herstellung der Batterien für das vollelektrisch betriebene Fahrzeug ist, wie bekannt, auch sehr umwelt-, ressourcen- und ökologiebelastend. Ein moderner Dieselmotor kann mit sogenanntem HvO 100 Diesel (100 % synthetisch hergestellter Treibstoff aus alten Fetten und Ölen / kein Biodiesel) betrieben werden. Der Motor kann auch im Wechselbetrieb mit konventionellem Dieseltreibstoff betrieben werden. In Schlieren ist eine HvO Tankstelle vorhanden. Der HvO 100 Diesel hat eine CO₂-Kompensation von 85 %–90 %. Über die Betriebskosten können keine aussagekräftigen Angaben gemacht werden, da die Preise von HvO Diesel und Strom sehr grossen Schwankungen unterworfen sind. HvO-Diesel ist ein innovativer, synthetischer und hochreiner Ersatzkraftstoff nach EN-Norm für den konventionellen Diesel, der aus hydrierten Restspeisefetten/-ölen mittels Reaktion produziert wird. HvO-Diesel ist komplett biofrei, was ihn für den Einsatz in Maschinen mit längeren Stillstandszeiten bestens empfiehlt. HvO-Diesel reduziert bei modernen Euro 6-Motoren den Ausstoss an Partikeln und Stickoxiden nochmals um rund 25 %. Der vermutliche grösste Vorteil liegt jedoch in der erheblich verbesserten Gesamt-Treibhausgas-Bilanz. Die Reduktionen können, je nach Rohstoffart und Produktionsmenge, bei bis zu 90 % liegen.

Stadtrat Beat Kilchenmann erklärt, dass von der Technologie her weder ein Elektro- noch ein HvO-Lastwagen 100 Jahre alt ist. Im Personenwagen-Bereich kann es bei HvO unter Umständen zu höheren Wartungskosten kommen, da der HvO-Diesel nicht ganz so sauber ist wie ein anderer. Wenn der Hersteller sagt, dass ein Auto oder Lastwagen damit fährt, wird das wahrscheinlich funktionieren. Die Technologie gibt es noch nicht so lange, dass 100 % klar ist, was das aus technischer Sicht für die Lebenszeit eines Autos bedeutet. Bei den Betriebskosten darf nicht nur über die Anschaffung, sondern auch über die Gesamtkosten gesprochen werden. Aktuell ist relativ schwierig auszurechnen, was mit dem Strompreis passiert. Andererseits ist geplant, dass auf dem Werkhof eine grössere Photovoltaik-Anlage gebaut wird. Das heisst, je mehr Strom von der eigenen Anlage bezogen werden kann, desto unabhängiger ist die Stadt vom Strompreis. Weitere zwei Blickwinkel betreffend Diesel- oder Elektrofahrzeug: Die Aufgaben können natürlich auch mit einem Diesel resp. HvO-Fahrzeug erfüllt werden und wird auch bereits schon so vollzogen. Aus dem Blickwinkel des Energieministers möchte der Stadtrat aber ein Elektrofahrzeug. Die fossilen Brennstoffe müssen verschwinden. Der Bund verfolgt das Ziel Netto 0 bis 2050, der Kanton hat 2040 anvisiert. Es gibt also klare Vorgaben. Die Stadt ist auch dabei, eine Ethanol-Strategie auszuarbeiten und ist kurz vor der Finalisierung. Beat Kilchenmann ist persönlich gegen Verbote und Vorschriften. Er möchte, dass die öffentliche Hand die Leute von neuen guten Technologien überzeugt und erklärt, wie der CO₂-Ausstoss reduziert werden kann. Der Stadtrat möchte deshalb wirklich gerne einen Elektrolastwagen in diesem Bereich.

Dominik Ritzmann (Grüne) erklärt, dass er sich betreffend HvO auch noch ein wenig informiert hat. Die positiven Aspekte werden hauptsächlich durch die Produzenten von HvO 100 hervorgehoben. HvO aus Abfallöl ist wahrscheinlich tatsächlich nicht so schlecht, davon gibt es leider nur eine begrenzte Menge. Sonst sind es einfach normales Pflanzenöl, schlussendlich also ein Biodiesel der zweiten Generation. Weiter gibt es mit HvO 100 keine Langzeitstudien. Aus der Sicht von Dominik Ritzmann betrifft die Abstimmung nicht den Entscheid für oder gegen HvO, sondern ob der Betrag reduziert werden soll indem ein Diesel gekauft wird, welcher mit grosser Wahrscheinlichkeit dann auch zum grössten Teil mit Diesel betankt wird. Für eine Stadt mit Vorbildfunktion ist der Kauf eines Dieselfahrzeugs nicht mehr zeitgemäss. Es wird eine Netto-0-Strategie angestrebt und ein Diesel widerspricht diesem Vorhaben. Die Stadt kann nicht an die Eigenverantwortung der Bevölkerung appellieren und sich selbst nicht an die Vorgaben halten. Aus diesem Grund muss es klar ein elektrischer Kranlastwagen sein.

Leila Drobi (SP) erklärt, dass die Fraktion SP gegen die Kürzung und für die Anschaffung eines Elektrofahrzeugs ist. Es gibt viele Gründe, die für die Elektromobilität sprechen. Einer davon ist der Blick in die Zukunft. Der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern, die Effizienz der Elektroautos, die

saubere Luft und über den gesamten Lebenszyklus ist Elektrizität ökologischer als Benzin oder Diesel. Die Anschaffung eines Dieselfahrzeugs ist aktuell vielleicht günstiger, jedoch wird zumindest angenommen, dass die Wartung teurer wird. Für die Fraktion SP ist klar, dass auf Elektrofahrzeuge gesetzt werden muss.

Thomas Grädel (SVP) erklärt, dass Schlieren und Kloten Energiestadt Gold sind und somit eine Vorbildfunktion einnehmen, aber auch ihre Aufträge erfüllen müssen. Er stelle folgende zwei Fragen an Beat Kilchenmann: Hat es genügend Solarstrom, um die Fahrzeuge im Sommer und im Winter zu betreiben oder gibt es einen Generator im Werkhof? Wie lange ist ein Diesel-Lastwagen in Betrieb? Bei einer Umstellung bis 2050 wird eine Anschaffung bei einer Lebensdauer von 30 Jahren schwierig, bei 20 Jahren Lebensdauer wäre das aber perfekt. So kann sich noch zeigen, welche Form von Energie und welche Motoren sich durchsetzen.

Stadtrat Beat Kilchenmann erklärt, dass er ohne Berechnungen keine Auskunft darüber geben kann, wie die Versorgung von Solarstrom im Sommer und im Winter aussieht. Er ist der Ansicht, dass nicht ausschliesslich mit selbst produziertem Strom gearbeitet werden könnte. Die Arbeiten müssten sonst am Abend ausgeführt werden, weil die elektrischen Geräte und Fahrzeuge am Tag geladen werden und ob dann die Einwohnerinnen und Einwohner sich freuen, wenn Container abends geleert werden wäre zusätzlich zu klären, auch wenn theoretisch diese Möglichkeit zur Verfügung stehen würde. Betreffend Blackout, Versorgungssicherheit oder Verwendungssicherheit des Fahrzeugs wird selbst in den schlimmsten Szenarien nicht von einem Blackout gesprochen, der länger als 24 Stunden dauert. Aktuell spricht man im schlimmsten Fall von einer Abschaltung des Stroms von vier Stunden. Zudem gehört der Bereich Kehrrichtentsorgung zum geschützten Bereich, wo eine Stromabschaltung nicht lange anhalten darf. Bei der zweiten Frage zur Lebensdauer spricht man generell von etwa 10 bis 15 Jahren, im Durchschnitt 12 Jahre bei einem Lastwagen.

Hans-Ulrich Etter (SVP) erklärt, dass die geplante Neuanschaffung gemäss den Ausführungen von Beat Kilchenmann somit sicher nicht mehr läuft. So bleiben 10 bis 15 Jahre, um verschiedene Möglichkeiten zu prüfen, z. B. die Anschaffung eines wasserstoffbetriebenen Fahrzeugs, was im Lastwagenbereich viel diskutiert wird. Alle sprechen über die Strommangellage, es gibt aber z. B. auch spannungsabhängige Notabschaltungen vom Netz. Die Steuerung erfolgt in Brüssel, das gesamte schweizerisch-europäische Netz ist in sieben Teile aufgeteilt. Wenn ein Schiff in eine Spannungsleitung in Hamburg hineinfährt, wird ein Siebtel des gesamten europäischen Stromnetzes abgeschaltet.

Filippo Fiore (FDP) ist aufgefallen, dass aktuell mehr über Technologien als über das Budget diskutiert wird. Seine Erfahrung zeigt jedes Mal, dass eine durch die Politik forcierte Technik kaum jemals Erfolge feiern konnte. Aus diesem Grund soll hier weniger über die beste Technologie im 2050 diskutiert werden, sondern fokussiert über den laufenden Antrag.

Dominic Schläpfer (FDP) erklärt, dass die Stadt mit dem Glauben an die Elektromobilität ein Klumpen-Risiko eingeht. Diesel ist vor allem im Winter ein verlässlicher Treibstoff und das ist auch mit der neuesten Generation von Batterien schwierig zu ändern. Wenn Feuerwehrleute im Winter bei einem Grossbrand mit einem elektronischen TLF ausrücken und dieser den Geist aufgibt, ist auch niemand glücklich. Aus diesem Grund bittet er das Parlament für eine Diversifizierung bei den Antrieben und für einen revolutionären Treibstoff zu stimmen.

Dominik Ritzmann (Grüne) erklärt, dass bei einem gesamtheitlichen Stromunterbruch wohl das kleinste Problem darin besteht, dass die Abfallcontainer nicht mehr geleert werden.

Abstimmung Antrag, SVP

Angenommen mit 19 zu 16 Stimmen

Frage, FDP (INV00229, S. 182)

Warum muss der Kunstrasen ersetzt werden?

Dominic Schläpfer (FDP) stellt die Frage, weshalb es für den immer gleichen Kunstrasen einen Projektierungskredit von Fr. 50'000.00 benötigt?

Stadtrat Beat Kilchenmann erklärt, dass bei jeder Investition ein gewisser Anteil in die Projektierung eingerechnet wird. Es gibt einen Standard, wie aus einer Investition heraus ein Projektierungsbetrag budgetiert wird. Ein Kunstrasen ist nicht jedes Mal derselbe, es gibt verschiedene Technologien und die Anforderungen werden über ein Pflichtenheft eruiert. Es gibt bei verschiedenen Modellen auch Nachteile, so dass z. B. ausgerissene Fasern in die Natur hineingetragen werden. Eine Marktanalyse ist also sinnvoll, um die neusten Modelle miteinander zu vergleichen und vielleicht sogar eine Machbarkeitsstudie zu erstellen. Schlussendlich verursacht auch eine Ausschreibung Kosten.

Markus Weiersmüller (FDP) erklärt, dass es sich bei den Projektierungskosten ja um externe Kosten handelt. Bei einer Ausschreibung werden sehr viele Tätigkeiten durch die Stadtverwaltung ausgeführt, die Ausschreibung auf simap.ch ist kostenlos. Im Budget wird über fakturierbare Kosten gesprochen und nicht über interne Arbeiten. Aus dieser Sicht sind Fr. 50'000.00 sehr viel. Klar muss man sich über den Rasen Gedanken machen, diese werden aber durch internes Personal angestellt. Handelt es sich bei den Fr. 50'000.00 überwiegend oder sogar ausschliesslich um extern zu verrechnende Kosten, wo die Löhne der Verwaltungsmitarbeitenden keine Rolle spielen?

Stadtrat Beat Kilchenmann erklärt, dass zum Teil Kosten auch intern anfallen. Aktuell handelt es sich um einen Prozentsatz der Investition. Je nach Umsetzung gibt es dann keine externen Kosten, weil alle Arbeiten intern verrichtet werden können, dann ist sicher alles viel günstiger. In den Kosten sind aber auch die Eigenleistungen der Stadt hinterlegt.

Frage, Die Mitte (INV00500, S. 184)

Was genau wird mit dem beantragten Geld von Fr. 290'000.00 für den Heizungsersatz in der Liegenschaft Nähhüsli gemacht?

Daniel Laubi (DM) erklärt, dass er den budgetierten Betrag von Fr. 290'000.00 für den Ersatz der Heizung im Nähhüsli relativ viel findet. Eine erneuerbare Heizung als Erdsondenheizung für ein grösseres Einfamilienhaus schätzt er auf etwa 100'000 Franken. Gerne möchte er die Kostenzusammenstellung erklärt haben.

Stadträtin Manuela Stiefel erklärt, dass die Liegenschaft an der Schulstrasse 19, Nähhüsli, mitten im Energieplangebiet E4, Schlieren Süd, liegt. Das Gebäude selbst ist im Inventar der schützenswerten Bauten. Die Wärmeerzeugung muss in den nächsten 3 bis 4 Jahren ersetzt werden. Heute wird die Heizung mit Erdgas betrieben. Das bedeutet, im Gebiet E4 gibt es keine oder noch keine Fernwärme. Eine Luftwasserwärmepumpe darf ausserhalb nicht aufgestellt werden, weil das Gebäude inventarisiert ist und vom Erdgas möchte man bekanntlich weg. Der Stadtrat ist nämlich der Ansicht, dass die grösstenteils mit Erdgas betriebenen Heizzentralen bei den städtischen Liegenschaften vom Gas gehen. Es handelt sich um 80 % der Gebäude und irgendwo wird gestartet. Es ist etwas schwierig, wenn keine Fernwärme vorhanden ist und so abgeklärt werden muss, wie vorgegangen werden soll. Es muss eine individuelle Wärmeerzeugung geprüft werden. Erdwärme kommt infrage. Es gibt um die Ecke eine weitere Liegenschaft an der Beckerstrasse 4, auch dort ist ein Heizungsersatz in den nächsten Jahren angedacht und vielleicht kann so eine grösser angelegte Erdsonde gemacht werden. So könnten gleich vier anstatt einer Liegenschaft umgestellt werden, die Fr. 290'000.00 wären dazu eine Kostenschätzung zum Start. Die Wärmeverteilung im Gebäude ist sehr träg, aktuell wird es von einem Kindergarten und einem Mittagstisch besetzt. Die bestehenden Radiatoren könnten dabei ebenfalls beurteilt werden und vielleicht gleich mit einem effizienteren System ausgetauscht werden. Die Lieferfristen für Heizungen sind im Moment lang. Wenn nach einer Planung aufgrund der fehlenden Gelder nicht bestellt werden kann, kommt das Projekt zum Stillstand. Eine Streichung bedeutet einfach eine Verschiebung auf einen späteren Zeitpunkt. Es gibt verschiedene Projekte, die umgesetzt werden können, der Stadtrat würde aber gerne an dieser Stelle beginnen. Die Stadt

möchte damit einen Beitrag leisten, bevor sie vom Gesetz dazu gezwungen wird. Regieren heisst auch vorausschauen. Die Netto-0-Strategie kommt und wird nicht gratis sein.

Antrag, SVP (INV00474, S. 185)

Reduktion der Investitionssumme von Fr. 300'000.00 auf Fr. 60'000.00.

Daniel Tännler (SVP) erklärt, dass es Schattenplätze benötigt klar ist, dafür wurden auch mal Bäume gepflanzt beim Schulareal Reitmen. Er habe gehört, dass sich die Bäume dafür aufgrund ihres langsamen Wachstums nicht eignen und man vorhat, diese zu ersetzen. Stimmt das Gerücht sind in diesen Fr. 300'000.00 die Setzung der Bäume bereits eingerechnet.

Stadträtin Manuela Stiefel erklärt, dass sich die RPK eigentlich wunderbar dazu eignen würde, solche Gerüchte zu beseitigen. Die Bäume bleiben stehen. Es sollen jedoch zusätzlich Bäume gepflanzt werden, mit einer breiteren, ausgewachseneren Krone, aus diesem Grund ist die Anschaffung nicht so günstig. So soll durch die Massnahmen auf dem Pausenplatz Reitmen ein Beitrag zur Beschattung geleistet werden. Folgendes wurde für dieses Geld angedacht: diverse Hecken für Fr. 20'000.00, begrünte Unterstände für Fr. 70'000.00, neue Bäume für Fr. 90'000.00, eine Rutschbahn mit Fallschutzmatte für Fr. 40'000.00, ein Kreis mit Steinen für Fr. 10'000.00, Beschattung Kindergarten für Fr. 55'000.00 und diverse Sachen. Es ist ein grösseres Projekt. Was kann mit Fr. 60'000.00 noch umgesetzt werden, soll nur die Beschattung Kindergarten gebaut werden, nur die Rutschbahn mit Steinkreis oder nur ein paar Bäume? Es benötigt Nachbesserungen beim Reitmen. Die Anlage und der Pausenplatz auf engen Platzverhältnissen sind unschön anzuschauen. Der Baukredit wurde um 1 Mio. Franken unterschritten, diese anstehenden Veränderungen konnten dazumal aber noch nicht eingebracht werden. Der Stadtrat möchte eine bessere Pausenplatzsituation schaffen. Die Sonnensegel wurden dazumal abgelehnt. Bei der Kürzung handelt es sich um eine Pauschalkürzung. Gute Ideen aus dem Schülerparlament sollen auch berücksichtigt werden. Bei den Fr. 300'000.00 handelt es sich um diverse Massnahmen und nicht um einen Ersatz von Bäumen.

Stadträtin Bea Krebs ergänzt zu den Ausführungen von Manuela Stiefel, dass es nicht nur um die Schule, sondern auch um die Betreuung, z. B. Ferienbetreuung, geht. Ohne Schattenplätze kann im Reitmen kein Ferienhort angeboten werden. Es geht also um mehr als die 20-Minuten-Pause.

Daniel Tännler (SVP) erklärt, dass genau deshalb nachgefragt wird, was sich alles in diesen Fr. 300'000.00 befindet. Weil eine reine Beschattung für Fr. 300'000.00 wäre ein relativer hoher Betrag. So wurde nun erklärt, was alles darin enthalten ist. Es geht um die Neugestaltung des Pausenplatzes Reitmen und nicht nur um die Beschattung.

Parlamentspräsident Marc Folini gewährt ein beantragtes Time-Out von 5 Minuten.

Daniel Tännler (SVP) erklärt, dass die Notwendigkeit einer Neugestaltung des Pausenplatzes Reitmen eingesehen wird. Mit einer sauberen Planung von Anfang an hätte eine solche Neugestaltung nicht durchgeführt werden müssen. Der Antragsbetrag wird korrigiert und soll nun von Fr. 300'000.00 auf Fr. 150'000 gekürzt werden.

Änderungsantrag, SVP

Reduktion der Investitionssumme von Fr. 300'000.00 auf Fr. 150'000.00.

Stadträtin Manuela Stiefel erklärt, dass das Parlament schlussendlich bestimmt. Sie wäre froh, wenn sie die Fr. 300'000.00 zur Verfügung hätte. Mit weniger müsse geschaut werden, wo Streichungen angebracht werden. Wichtig sei, dass das Projekt angepackt werden könne.

David Baumann (GLP) erklärt, dass er relativ nahe am Schulhaus Reitmen wohnt. Wenn er an einem heissen Sommertag am Schulhaus vorbeifährt sieht er die Kinder leiden, weil schlicht keine Schattenplätze vorhanden sind. Es stellt sich generell das Gefühl ein, man gehe durch eine Betonwüste. Für etwas Gutes sollten die Fr. 300'000.00 in die Hand genommen werden, was auch verhindert, dass die Kinder sich in der Umgebung ein schattiges Plätzen suchen. Die Fraktion GLP wird den Änderungsantrag, wie auch schon den ersten Antrag, klar ablehnen.

Boris Steffen (SVP) erklärt, dass ihn das ganze Theater um die Beschattung stört. Bei Regen sind die Kinder oftmals auch draussen. Er hätte gerne einen Unterstand, der auch gegen den Regen schützt. Für Fr. 70'000.00 könnte eine Überdachung gebaut werden, die sowohl Schatten spendet als auch gegen Regen schützt. Boris Steffen möchte keine Bäume, sondern lieber einen überdachten Unterstand.

Leila Drobi (SP) erklärt, dass die Fraktion gegen eine Kürzung auf Fr. 60'000.00, wie auch auf Fr. 150'000.00 ist. Die SP findet, dass Fr. 300'000.00 ein wichtiger Beitrag für den Pausenplatz sind, weil Bäume als Schattenplätze gepflanzt werden können. In der Antwort der RPK ist auch von punktuellen Dächern die Rede, welche gegen den Regen schützen würden. Schattenplätze sind notwendig und deshalb ist die Fraktion SP gegen die Streichungen in diesem Posten.

Abstimmung Änderungsantrag, SVP

Angenommen mit 18 zu 17 Stimmen.

Antrag, FDP (INV00467, S. 186)

Streichung dieser Investition

Dominic Schläpfer (FDP) führt aus, dass es bei diesem Antrag um den Ersatz von Fenstern bei der Zivilschutzanlage Büelhof geht. Von aussen scheint das Gebäude relativ gross. Dominic Schläpfer erschliesst sich nicht, warum für ein Büro, alles andere sind Lagerräume, die ganze Fensterfront ersetzt werden muss. Natürlich sind die Fensterrahmen aus Metall, heute würde das vielleicht anders gebaut werden. Die Fenster sind in einem Risikofall einzeln ersetzbar, wenn z. B. eine Scheibe eingeschlagen werden würde, müsste nicht die ganze Front ersetzt werden. Für die Fraktion FDP ist klar, diese Investition kann gestrichen werden.

Stadträtin Manuela Stiefel führt aus, dass die Fenster über 50-jährig sind und die einzigen Fenster, die bei der Sanierung des Büelhof nicht berücksichtigt wurden. Die Erneuerung der Fenster resp. der gesamten Front ist längstens fällig, da nur einfach verglast. Im Auftrag werden alle Kosten gelistet, es handelt sich dabei um Schlosser-, Glaser-, Schreiner- und Malerarbeiten von Total Fr. 90'000.00. Die Räumlichkeiten werden auch als Büro genutzt. Als Energiestadt hat sich der Stadtrat selbst Auflagen gemacht, den Gebäudestandard bei Sanierungen nachhaltig zu verbessern. Es gibt Sparentscheide, welche weder zufriedenstellen noch nachhaltig sind und später bereut werden. Aufgestauter Gebäudeunterhalt kommt einfach zu einem späteren Zeitpunkt wieder. Eine solche Streichung wäre einer Stadt wie Schlieren nicht würdig. Bei der Sanierung des Büelhof wurde dazumal der Kredit unter dem Budget abgeschlossen. Die Sanierung der Fenster soll nun eine letzte Etappe darstellen. Schlussendlich entscheidet aber natürlich das Parlament.

Thierry Lustenberger (SP) erklärt, dass die Fraktion SP davon ausgeht, dass die Feuerwehr und der Stadtrat nicht mit irgendwelchen Ideen kommen, um einen Fensterersatz vorzunehmen. Die Fenster sind über 50 Jahre alt und dem Stadtrat wird zugetraut, dass der Ersatz aus einem vernünftigen Grund passiert. Er nimmt an, dass mit der Isolation Energiekosten eingespart werden können und langfristig ein Spareffekt daraus resultiert, wovon auch das lokale Gewerbe profitieren kann.

Sarah Impusino (DM) ergänzt, dass es sich nicht um die Feuerwehr, sondern um den Zivilschutz handelt.

Stadtrat Pascal Leuchtmann führt aus, dass im Büelhof neben dem Zivilschutz auch ein Notstromaggregat untergebracht ist, welches hinter einer einfachen Verglasung in einer Notsituation unter Umständen nicht so gut geschützt ist. Es handelt sich zudem um zwei Büros, eines für den Kommandanten des Zivilschutzes und eines für den Zivilschutzstellenleiter. Zusätzlich gibt es Lagerräume mit einem Notfall-Treffpunkt-Wagen.

Abstimmung Antrag, FDP

Angenommen mit 19 zu 16 Stimmen.

Frage, SVP (340.5030.8, S. 186)

Was genau erhält die Stadt für Fr. 210'000.00?

Daniel Tännler (SVP) erklärt, dass er sich in erster Linie am Budgetposten "Renovation und Erweiterung Parkplatz" erfreuen sollte. Eine Erweiterung der Parkplätze findet aber gemäss seiner Nachfrage nicht statt. Welche Investitionen werden genau mit den Fr. 210'000.00 getätigt? Es wurde ja bereits ein Zaun aus Stahlseilen erstellt, damit nicht mehr auf der Wiese parkiert werden kann.

Stadtrat Stefano Kunz erklärt, dass es bei dieser Investition um Gewässerschutz geht. Die Gewässerschutzzone 3 geht neu über die Rohrstrasse hinaus. Die Konsequenz daraus ist, dass bei einem unversiegelten Boden keine Parkplätze mehr zur Verfügung gestellt werden können. Um die Parkplätze zu behalten ist die Stadt also dazu verpflichtet, diese zu versiegeln, damit das Wasser abfließen kann und nicht im Boden versickert. Soweit die Vorschriften bezüglich Grundwasserschutz, weshalb relativ viel Geld investiert werden muss, um die Parkplätze instand zu stellen.

Anlagegeschäft Finanzvermögen (S. 193–198)

Parlamentspräsident Marc Folini stellt fest, dass keine schriftlichen Anträge eingegangen sind und keine Wortmeldungen gewünscht werden.

Anhang zum Budget (S. 199-205)

Parlamentspräsident Marc Folini stellt fest, dass keine schriftlichen Anträge eingegangen sind und keine Wortmeldungen gewünscht werden.

Parlamentspräsident Marc Folini stellt fest, dass das Ende der Detailberatung zum Budget 2023 erreicht wurde, und dass es keine weiteren Anträge oder Wortmeldungen mehr gibt. Somit wird nun über das bereinigte Budget mit allen Anträgen abgestimmt, danach findet die Debatte zum Steuerfuss statt.

Abstimmung Budget 2023

Dem bereinigten Budget 2023, mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 1'987'000.00, wird mit 33 Stimmen zu 1 Stimme, bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Steuerfussdebatte

Die RPK wünscht das Wort nicht.

Stellungnahme Ressortvorsteherin Finanzen und Liegenschaften

Stadträtin Manuela Stiefel wünscht das Wort nicht.

Parlamentspräsident Marc Folini stellt fest, dass keine weiteren Anträge gestellt werden und eröffnet die Diskussion.

Diskussion Steuerfuss

Walter Jucker (SP) erklärt, dass eine Steuerfussveränderung dieses Jahr im Parlament kein Thema ist. Sowohl der Stadtrat, wie vermutlich auch eine Mehrheit dieses Parlaments, wollen wohl den Steuerfuss bei 111 % belassen. Das Defizit wird aber von Jahr zu Jahr grösser. Eine Erhöhung des Steuerfusses wäre notwendig, damit das Defizit nicht weiter steigt und sich die Stadt auch künftig

vernünftige Auslagen leisten kann. Welche Parlamentarierin oder Parlamentarier versteuert Fr. 100'000.00 oder mehr? Wohl nicht viele. In Schlieren sind es gemäss Geschäftsbericht 2021 9.1 % der natürlichen Personen, die Fr. 100'000.00 und mehr versteuern. Haben sich die Parlamentarierinnen und Parlamentarier schon mal überlegt, welche Steuerermehrungen für verheiratete Leute entstehen, die Fr. 100'000.00 versteuern? Für eine 1 % Steuererhöhung würde dies Fr. 48.86 ausmachen. Über 90 % der Steuerzahlenden in Schlieren versteuern aber weniger. Bei einem steuerbaren Einkommen von Fr. 60'000.00 würde ein zusätzliches Prozent bei Fr. 20.02 liegen. Diese Zahlen gelten natürlich auch bei Steuersenkungen. Der Kanton hat ja 1 % gesenkt. Was hätte Schlieren von 1 % Steuererhöhung? Gemäss Aussage von Oliver Küng ca. Fr. 700'000.00. Bekanntlich sind Steuern für juristische Personen nicht sehr hoch priorisiert. Für die Bestimmung des Geschäftssitzes ist der Steuerfuss erst an fünfter Stelle aufgeführt. Der Steuerfuss ist aber dieses Jahr im Parlament kein Thema. Das Parlament trägt die Verantwortung, dass sich die Stadt nicht immer mehr verschuldet. Die Fraktion SP würde, falls jemand einen Antrag um Steuerfusserhöhung stellt, den Antrag unterstützen, weil die Fraktion SP sich ihrer Verantwortung bewusst ist. Da es aber dieses Jahr keinen Antrag geben wird, wird die Fraktion SP zähneknirschend das Budget auch mit einem Steuerfuss von 111 % annehmen.

Markus Weiersmüller (FDP) erklärt, dass Walter Jucker wie auch der Stadtrat nicht müde werden, den Teufel an die Wand zu malen. Markus Weiersmüller möchte in Erinnerung rufen, dass die Stadt an der neuen BZO arbeitet, welche bestimmt auch neue Steuererträge generieren wird. Umzonungen können danach mit einer Steuer von bis zu 40 % belegt werden. Das wird der Stadt ab 2025 jährlich einen sechs- bis siebenstelligen Geldregen einbringen. Die Stadt wird im Geld schwimmen.

Michael Koger (SP) führt aus, dass Markus Weiersmüller gerade mitgeteilt hat, dass die Stadt im Geld schwimmen werde und 20 Minuten zuvor wurde dem Kindergarten und dem Schülerparlament ein Spielplatz und die Beschattung gestrichen. Er empfindet das als ein ziemlich dreistes Vorgehen.

Dominic Schläpfer (FDP) erklärt, dass die Fraktion GLP, gemäss den Aussagen von David Baumann, daran interessiert sei, für juristische Personen attraktive Steuersätze bereitzustellen. Er vermisst zudem den Mut der Fraktion SP, ihre Politik konsequent zu vertreten und auch vor den Zuschauern und der Presse umzusetzen.

Markus Weiersmüller (FDP) erklärt, dass Geld dann ausgegeben werden kann, wenn man es hat. Aktuell ist das Geld nicht vorhanden und deshalb kann es auch nicht ausgegeben werden.

Manuel Kampus (Grüne) führt aus, dass die Steuern genau aus dem Grund erhöht werden sollten, weil die Stadt nicht im Geld schwimmt. Die Budgetdebatte hat aber wieder einmal gezeigt, dass die bürgerlichen Parteien gegen alles demonstrieren und damit auch Erfolg haben. Somit ist es sinnlos einen Steuerantrag zu stellen, der keine Chance auf eine Mehrheit hat.

Abstimmung Steuerfuss

Der Steuerfuss von 111 % wird angenommen mit 23 Ja-Stimmen, zu 0 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen.

Das entsprechend angepasste Budget wird mittels Präsentation gezeigt. Parlamentspräsident Marc Folini stellt fest, dass das Wort dazu nicht gewünscht ist und gelangt zur Schlussabstimmung.

Das Gemeindeparlament beschliesst mit 35 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen:

1. Vorlage Nr. 14/2022: Genehmigung des Budgets und Festsetzung des Steuerfusses 2023:

a. Budget 2023 mit den durch das Gemeindeparlament beschlossenen Änderungen

Erfolgsrechnung	Fr.
Gesamtaufwand	199'493'900.00
Ertrag ohne ordentliche Steuern Rechnungsjahr	<u>136'678'900.00</u>
Zu deckender Aufwandüberschuss	-62'815'000.00
Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	
Ausgaben	27'079'300.00
Einnahmen	<u>1'150'000.00</u>
Nettoinvestitionen	25'929'300.00
Investitionsrechnung Finanzvermögen	
Ausgaben	3'455'000.00
Einnahmen	<u>4'292'000.00</u>
Nettoinvestitionen	-837'000.00
Erfolgsrechnung	
Zu deckender Aufwandüberschuss	-62'815'000.00
Steuerertrag bei 111 %	<u>60'828'000.00</u>
Aufwandüberschuss	-1'987'000.00

b. Der Gemeindesteuerfuss wird für das Jahr 2023 auf 111 % der einfachen Staatssteuer, unter der Annahme eines mutmasslichen Steuerertrags zu 100 % von Fr. 54'800'000.00, festgesetzt. Der Aufwandüberschuss der Erfolgsrechnung geht zu Lasten des zweckfreien Eigenkapitals.

2. Mitteilung an
- Abteilungsleiter Finanzen und Liegenschaften
 - Archiv

Gemeindeparlament

Präsident

Sekretärin

Stimmzählende